

DEUTSCHER BUNDESTAG

Kommission
zur Wahrnehmung der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

- Sekretariat -

Kommissionsdrucksache
16. Wahlperiode
16/21

Zwischenbericht

über die Tätigkeit der
Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

vom 31. Juli 2007 bis 24. April 2008

Vorsitz: Miriam Gruß, MdB (FDP)

vorgelegt dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

	Inhalt	<u>Seite</u>
1.	Einleitung	7
2.	Arbeits- und Beratungsschwerpunkte	10
	2.1. Kinder und Kultur	10
2.1.1.	Gespräch zum Thema „Kulturelle Kinder- und Jugendbildung“ mit Herrn Prof. Dr. Max Fuchs, Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung e. V., Herrn Dr. Gerd Taube, Kinder- und Jugendtheaterzentrum in der Bundesrepublik Deutschland, und Herrn Ralph Stephan, Bundesverband für Museumspädagogik e. V.	10
2.1.2.	Vorstellung von Einzelprojekten zur kulturellen Bildung sowie einer Handlungsstrategie für die Gesamthematik durch Herrn Bernd Neumann, MdB, Staatsminister bei der Bundeskanzlerin, und Expertengespräch zum Thema „Kulturelle Kinder- und Jugendbildung“ mit Frau Dr. Heike Riesling-Schärfe, Stiftung Jugend, Bildung und Kultur, und Herrn Prof. Dr. Wolfgang Schneider, Universität Hildesheim	13
2.1.3.	Gespräch zum Thema „Ästhetische Erziehung für Kinder muss sein: Positive Auswirkungen auf Hirnvernetzung und Verhalten“ mit Herrn Prof. Dr. med. Eckart Altenmüller, Institut für Musikphysiologie und Musikmedizin	16
2.1.4.	Öffentliches Expertengespräch zur Studie „Kulturpolitik für Kinder“ mit Herrn Prof. Dr. Wolfgang Schneider, Universität Hildesheim	18
2.1.5.	Stellungnahme der Kinderkommission zum Thema „Kinder und Kultur“	23
	2.2. Kinder und Mobilität	27
2.2.1.	Gespräch zum Thema „Verkehrssicherheit von Kindern“ mit Frau Beate Pappritz, Leiterin Verkehrssicherheitsprogramme, ADAC e. V.	28

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

	<u>Seite</u>
2.2.2. Gespräch zum Thema „Kinderfreundliches Reisen“ mit Frau Annette Weber und Frau Ellen Engel von der Deutschen Bahn AG, Herrn Nils Braun von der Lufthansa AG sowie Herrn Wolfgang Göss von Air Berlin	29
2.2.3. Stellungnahme der Kinderkommission zum Thema „Kinder und Mobilität“	32
2.3. Kinder und Alltag	35
2.3.1. Gespräch über die „1. World Vision Kinderstudie“ mit Frau Prof. Dr. Sabine Andresen, Universität Bielefeld, und Frau Dr. Silja Joneleit-Oesch, WORLD VISION Germany e. V.	36
2.3.2. Gespräch zu den Ergebnissen des LBS-Kinderbarometers 2007 mit Herrn Prof. Dr. Dr. Dr. Wassilios E. Fthenakis, Professor für Entwicklungspsychologie und Anthropologie an der Freien Universität Bozen, Fakultät für Bildungswissenschaften	38
2.3.3. Gespräch zum Thema „Alltag von armen Kindern in Deutschland“ mit Herrn Kai-Uwe Lindloff, 1. Vorsitzender des Vereins „Die Arche“ in Berlin	42
2.3.4. Gespräch zum Thema „Gefährliches Kinderspielzeug: Standards, Importe, Alltagsprodukte“ mit Frau Dr. Stefanie Märzheuser, Präsidentin der Arbeitsgemeinschaft „Mehr Sicherheit für Kinder e. V.“, und Frau Martina Abel, Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft „Mehr Sicherheit für Kinder e. V.“	45
2.3.5. Aktion der Kinderkommission zum Thema „Schwere Schulranzen“	48
3. Weitere Beratungsthemen	53
3.1. Kinderrechte in die Verfassung	53
3.2. Inflight Spot „Witness“	53
3.3. EU-Konvention zum Schutz von Kindern gegen sexuelle Ausbeutung und Missbrauch	53

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

	<u>Seite</u>
3.4. Kinderlärm	54
3.5. Auslandsadoptionen	55
3.6. Testkäufe mit Kindern	56
3.7. Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG-Reformgesetz)	57
3.8. Neugeborenen-Hörscreening	62
4. Reise der Kinderkommission	52
5. Informationsgespräche und -termine	66
6. Veranstaltungen	67
6.1. „Die Kinderkommission wird 20“	67
6.2. Kindertag im Deutschen Bundestag am 17. September 2007	70
7. Öffentlichkeitsarbeit	71
7.1. Pressemitteilungen	71
7.2. Pressekonferenzen	72
7.3. Internetauftritt der Kinderkommission	72
7.4. Broschüren	73

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

	<u>Seite</u>
8. Kinder- und jugendpolitische Termine der Mitglieder	73
8.1. Abg. Miriam Gruß	73
8.2. Abg. Michaela Noll	76
8.3. Abg. Marlene Rupprecht	78
8.4. Abg. Diana Golze	81
8.5. Abg. Ekin Deligöz	84
9. Anlagen	86

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

1. Einleitung

In der Kommission für die Wahrnehmung der Belange der Kinder des Deutschen Bundestages (Kinderkommission) wechselt der Vorsitz zwischen den fünf Kommissionsmitgliedern turnusmäßig in der Reihenfolge der Fraktionsstärke. Die erste Vorsitzzeit in der 16. Legislaturperiode übernahm dementsprechend die Bundestagsabgeordnete Michaela Noll von der CDU/CSU, die den Vorsitz am 4. November 2006 an die Bundestagsabgeordnete Marlene Rupprecht von der SPD übergab.

Am 31. Juli 2007 trat die Bundestagsabgeordnete Miriam Gruß von der FDP-Fraktion den Vorsitz der Kinderkommission des Deutschen Bundestages an.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)



Turnusgemäßer Wechsel des Vorsitzes in der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder, Kinderkommission, (KiKo), des Deutschen Bundestages. Die Kommission wurde in den vergangenen neun Monaten von Marlene Rupprecht, MdB, SPD, (li.), geleitet. Sie gibt den Stab, symbolisch durch ein Stofftier namens Kiko vertreten, weiter an Miriam Gruß, MdB, FDP, (re.). Die alte und die neue Vorsitzende informieren aus diesem Anlass in einer Pressekonferenz über die Arbeit der Kinderkommission



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

Das Arbeitsprogramm der Abg. Miriam Gruß umfasste folgende Themen:

- Kinder und Kultur
- Kinder und Mobilität
- Kinder und Alltag



© Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde

Vorsitzende Miriam Gruß (FDP) bei der Begrüßung der Gäste zum Empfang der Kinderkommission anlässlich ihres 20-jährigen Bestehens

Weitere Beratungsgegenstände ergaben sich aus aktuellen Themen. Diese waren u. a. die EU-Konvention zum Schutz von Kindern gegen sexuelle Ausbeutung, die Frage der Testkäufe von Kindern und die Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

2. Arbeits- und Beratungsschwerpunkte

2.1. Kinder und Kultur

Hierzu führte die Kinderkommission zahlreiche Expertengespräche durch, die nachfolgend zusammengefasst dargestellt werden.

2.1.1. Gespräch zum Thema „Kulturelle Kinder- und Jugendbildung“ mit Herrn Prof. Dr. Max Fuchs, Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung e. V., Herrn Dr. Gerd Taube, Kinder- und Jugendtheaterzentrum in der Bundesrepublik Deutschland und Herrn Ralph Stephan, Bundesverband für Museumspädagogik e. V.

Herr Prof. Dr. Max Fuchs (Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung e. V.) stellte einleitend fest, dass Kinder und Jugendliche kulturelle Bildung vom jüngsten Alter an bräuchten. Bei Bildungsprozessen ginge es nicht nur um das Kognitive, sondern auch um Fantasie und Kreativität. Das sei eine wichtige Ressource für die Lebensqualität der Kinder. Kulturelle Bildung finde in der Jugendhilfe, in der Schule und in der Schul- und Bildungspolitik statt. Seine erste Forderung sei daher eine integrierte Jugend-, Kultur- und Bildungspolitik, um Ressortsgrenzen zu überwinden.

Leider hätten sich alle skeptischen Voraussagen zur Föderalismusreform erfüllt. In Sachen kultureller Bildung fehle eine Bundeszuständigkeit. So sei das Bundesministerium für Bildung und Forschung, das sogar ein Fachreferat kulturelle Bildung habe, sehr vorsichtig, weil man befürchte, dass die Länder möglicherweise protestieren. Es gebe derzeit keine einzige Instanz, bei der man länderübergreifende Modellprojekte durchführen könne, weil sich die Kultusministerkonferenz nicht in der Lage sehe, im freiwilligen Zusammenschluss einiger Länder etwas zu tun, was die jeweilige „Kirchturmsspitze“ überschreite. Eine Ermutigung der Bundeskompetenz wäre außerordentlich hilfreich. Die Bundesvereinigung entwickle in der kulturellen Jugendbildung Modellprojekte, um in den einzelnen Ländern gleiche Standards zu setzen. Die Länder fänden sich zu einem derartigen Zusammenschluss jedoch nicht bereit.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

Seine Einrichtung habe in einem mehrjährigen Modellprojekt Qualifikationsmodelle für Erzieherinnen und Erzieher entwickelt. Konkret arbeite man auch an einem Konzept für eine kulturaktive Schule, also einer Schule mit einem stark ausgeprägten kulturellen Profil. Im außerschulischen Bereich gebe es als letzte große Initiative den außerschulischen Bildungspass „Kompetenznachweis Kultur“. Damit sollen erwachsene Multiplikatoren, die mit Jugendlichen Kulturprojekte gestalten, in die Lage versetzt werden, sogenannte Schlüsselkompetenzen der Jugendlichen - also soziale, kommunikative und organisatorische Kompetenzen - auch zu erkennen. Dieses Verfahren sei mehrfach fremdevaluiert und komme bei den Jugendlichen ausgesprochen gut an.

Herr Dr. Gerd Taube (Kinder- und Jugendtheaterzentrum in der Bundesrepublik Deutschland) verwies auf das Buch zum Projekt „Kinder spielen Theater“. Dieses Projekt, das Infrastrukturen in einem ganz bestimmten Feld kultureller Bildung für Kinder untersucht habe, habe seinerzeit zu der Feststellung geführt, dass die infrastrukturellen Voraussetzungen für das Theaterspielen mit Kindern in Deutschland unterentwickelt seien. Man habe daher ein weiteres Projekt aufgelegt - „Theater von Anfang an“. Dort beschäftige man sich mit Theaterformen mit Kindern und für Kinder unter vier bzw. fünf Jahren. In der frühkindlichen ästhetischen Bildung gehörten die eigene Kreativität und das Rezeptive zusammen. Mit ästhetischen Erfahrungen meine er zunächst Wahrnehmungserfahrungen - Anreize von außen, sinnliche Anreize. Durch die kulturelle Bildung von Anfang an gebe es eine frühe Kompetenzvermittlung. Der Jugendbarometer hätte in Teilen nachgewiesen: Je früher man sich mit Kunst und Kultur beschäftige, umso intensiver sei dann auch im späteren Leben der Kontakt zu diesen Bereichen. Kunst und Kreativität von Anfang an wirkten auch intergenerativ.

Es gebe nicht nur eine soziale, sondern auch eine kulturelle Armut. Daher gehe es vor allem darum, Zugänge zu ermöglichen, so dass letztlich alle Kinder von den Angeboten profitieren könnten.

Das Interessante sei, dass man die künstlerischen und die pädagogischen Aspekte bei der Reflexion gar nicht so trennscharf auseinanderhalten könne. Die Beteiligung von Kleinkindern an den Kunstprozessen sei eine ganz wesentliche Methode, das

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

Interesse der Kinder und Jugendlichen zu wecken. In diesem frühen Alter erfolge Partizipation über spielerische und künstlerische Prozesse.

Herr Ralph Stephan (Bundesverband für Museumspädagogik e. V.) erläuterte, dass sein Verband vor allen Dingen die museumspädagogische Entwicklung in den ca. 6.000 deutschen Museen unterstütze. Museumspädagogik entwickle sich immer aus einer Sammlung heraus - man könne ja nichts anderes vermitteln als das, was in der Sammlung vor Ort vorhanden sei. Das sei etwas ganz anderes als beispielsweise die Lehrpläne der Schulen. Daher gebe es in jedem Haus eine eigenständige Arbeit. Im Grunde hätten die Museen den Bildungsauftrag, der Gesellschaft zu zeigen, welche Menschheitsstrategien in ganz vielen kulturellen Bereichen einmal erfolgreich gewesen seien. Man wolle Kinder nicht unbedingt mit Wissen konfrontieren, es gehe vielmehr um ihre Teilhabe. Kinder nähmen teil an Wissen, das gleichzeitig auch ihr eigenes gesellschaftliches Erbe sei. In der museumspädagogischen Arbeit sei ganz wichtig, dass die Kinder in irgendeiner Form aktiv am wissenschaftlichen oder künstlerischen Geschehen teilnähmen. Die Gesellschaft traue den Vorschulkindern viel zu wenig zu. Empirisch wisse man schon lange, dass es immer Motivation und Neugier brauche. Es müsse der Handlungsaspekt dazu kommen, damit etwas bleibe. In vielen Fällen reiche es schon, wenn die Kinder nicht unbedingt Wissen, aber Empathie für Wissen mit nach Hause trügen. Wenn man in frühen Jahren Empathie für Wissen bekomme, so lege das auch die Grundlage für eine sogenannte erfolgreiche Bildungsbiografie. Das mache Kinder stark für die Zukunft. Bildung sei eine grundlegende Voraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe.

In den Sammlungen gebe es Gegenstände, die viele Jahrtausende alt seien. Als Museum sei man verpflichtet, dafür zu sorgen, dass diese Gegenstände weitere tausende von Jahren alt werden. Das müssten dann spätere Generationen übernehmen. Wenn diese aber kein Interesse mehr daran hätten, würden diese Dinge wieder vom Erdboden verschwinden. Man ziehe nicht nur den eigenen Nachwuchs für die Museen, sondern im Grunde für die gesamte Wissenschaft heran. Hier würden in vielen Bereichen - z. B. Kunst, Geschichte, Technik und Naturwissenschaften - erste Spuren bei Kindern dafür gelegt, sich später zu engagieren. Man stelle immer wieder fest, dass für ein Kind ein Museum kein hochschwelliges Angebot darstelle - das gel-

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

te in der Regel nur für die Erwachsenen. So gebe es heute noch Eltern, die mit ihren Kindern ins Museum reinkämen und als erstes sagten: „Nicht laut auftreten, nicht husten, nichts anfassen“. Genau das bekämpfe die Museumspädagogik.

2.1.2. Vorstellung von Einzelprojekten zur kulturellen Bildung sowie einer Handlungsstrategie für die Gesamthematik durch Herrn Bernd Neumann, MdB, Staatsminister bei der Bundeskanzlerin und Expertengespräch zum Thema „Kulturelle Kinder- und Jugendbildung“ mit Frau Dr. Heike Riesling-Schärfe, Stiftung Jugend, Bildung und Kultur, und Herrn Prof. Dr. Wolfgang Schneider, Universität Hildesheim

Staatsminister Bernd Neumann, MdB, wies darauf hin, dass kulturelle Bildung deshalb wichtig sei, weil Kultur die Identifikation einer Gesellschaft ausmache. Gerade in einer Zeit der Globalisierung sei es wichtig, dass man mit der eigenen Identität etwas anfangen könne. Kulturelle Bildung - oder das Wissen um die eigene Kultur - fange, wie Bildung generell, im Kindergarten und in der Schule an. Das bedeute, dass hier Weichen gestellt werden müssten: „Wenn Hänschen nicht lernt, mit Kultur umzugehen, lernt es Hans nimmer mehr“. Daher sei kulturelle Bildung ein ganz wichtiger Bereich, der nicht einem bestimmten Fachwissen zuzuordnen, sondern grundlegend sei. Hier gebe es Defizite - das merke man an der mangelnden Partizipation gerade auch von jüngeren Leuten an kulturellen Angeboten. Dazu gehöre die gesamte Bandbreite der Kultur - nicht nur das Popkonzert.

Bildung und damit auch kulturelle Bildung sei eine Aufgabe der Länder. Hier zeige sich aber wie in anderen Bereichen der Kultur auch, dass es im Hinblick auf die Gesamtverantwortung wichtig sei, dass sich auch der Bund einer solchen Thematik annimmt. Seine eigene Aufgabe sehe er vor allem in der Vernetzung der Informationen sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene. Es gehe darum, Beispiele zu geben, die auch multipliziert werden können. Der Bund nehme seine Verantwortung wahr, indem er sage, dass dies im Grunde ein länderübergreifendes Thema sei. In seinem Haus sei ein Referat primär damit beauftragt worden, hier zu systematisieren und zu konkretisieren. Darüber hinaus sei eine interne Projektgruppe „Kulturelle Bildung“ eingerichtet worden. Es gebe eine Vielzahl von Einrichtungen, die man finanziere bzw. mitfinanziere - beispielsweise ein Projekt in Nordrhein-Westfalen mit dem Titel „Jedem Kind ein Instrument“. Damit werde allen Grundschulern im Ruhrgebiet in den

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

Klassen 1 bis 4 die Möglichkeit gegeben, ein Instrument ihrer Wahl zu erlernen. Die Kulturstiftung des Bundes stelle 10 Millionen Euro zur Verfügung und weitere 10 Millionen kämen vom Land dazu. Bei der Integration spiele die Kultur eine wichtige Rolle - in keinem anderen Bereich könne man Migranten so leicht integrieren, denn Kultur sei ohnehin multikulturell. Die Initiativen seien ganz überwiegend eher für die bildungsfernen Schichten gedacht - im sog. Bildungsbürgertum führten die Eltern selbst ihre Kinder an Kultur heran.

Herr Prof. Dr. Wolfgang Schneider (Universität Hildesheim) erklärte, dass man sich in der Wissenschaft mit der kulturellen Bildung aus ganz unterschiedlichen Perspektiven beschäftige. Alles, was sich im kulturpädagogischen Bereich entwickelt habe, stamme aus den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts. Es gehe um das Konzept „Kultur als Daseinsvorsorge“ und um die Förderung kultureller Partizipation. Kulturelle Bildung sei deshalb so bedeutsam, weil durch sie kulturelle Schlüsselkompetenzen ermöglicht würden.

Es gebe drei Bundesinstitutionen, die sich mit der kulturellen Bildung beschäftigten: Die Bundesakademie für kulturelle Bildung in Wolfenbüttel, die Akademie in Remscheid und die Akademie für musikalische Bildung in Trossingen. Alle drei hätten u. a. den Auftrag zur Fort- und Weiterbildung. Es sei Sache der Abgeordneten, diesen zur Kenntnis zu nehmen und die Bundesmittel dafür zur Verfügung zu stellen. Von den Musikschulen werde musikalische Früherziehung geleistet. Aber im Hinblick auf die Kürzungen durch die Kommunen könne diese gelegentlich nicht mehr so ausgeprägt erfolgen. In diesem Zusammenhang stelle sich die Frage, inwieweit die Gesellschaft dafür verantwortlich sei, kulturelle Bildung auch zu ermöglichen. Dies gelte z. B. für die Schülerbüchereien. Bei Ganztagschulen ergebe sich die Frage nach der Rolle dieser Zentren kultureller Bildung in der Schule und nach ihrer Vernetzung mit den Einrichtungen der Kommune - mit den Bibliotheken. Warum könne eine Ganztagschule nicht - wie in Finnland - so etwas wie ein „Kulturzentrum“ sein? Eine weitere Frage sei auch, warum es in der Schule nur Kunst- oder Musikunterricht gebe - aber keine Medienerziehung oder Unterricht in anderen Künsten. In Holland habe man das Schulfach „kulturelle Bildung“. In Norwegen gebe es einen „kulturellen Schulrucksack“ - die Kinder von der 1. bis 10. Klasse erhielten für jedes Schuljahr

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

zehn Gutscheine, die ihnen den Zugang zu Kulturinstitutionen ermöglichten. Glücklicherweise habe man auch in Deutschland viele Beispiele für einen Kontrakt zwischen Kultur und Bildung. So gebe es verbindliche Vereinbarungen zwischen Ganztags- und Jugendmusikschulen sowie Jugendkunstschulen, aber auch zwischen Schulen und Theatern.

Kulturelle Bildung sei nicht nur die Institutionalisierung von Einrichtungen, sondern eigentlich ein Netzwerk der Projekte. Kindern müsse man keine Kultur beibringen - der politische Ansatz müsse daher sein, Zugänge zu ermöglichen und die Vielfalt zu pflegen. Eine Politik aus einem Guss müsste eigentlich Bildung und Kultur zusammen denken.

Frau Dr. Heike Riesling-Schärfe (Stiftung Jugend, Bildung und Kultur) stellte fest, dass es die PwC-Stiftung - eine Initiative der Führungskräfte von Pricewaterhouse Coopers Deutschland - seit 2003 gebe. Seitdem habe sie bundesweit 160 Projekte der kulturellen Jugendbildung gefördert. Die Stiftung sehe ihre Rolle darin, modellhafte Ideen anzuschleppen - sie mache keine Dauerförderung. Derzeit unterstütze sie im Jahr Projekte im Volumen von einer Million Euro. Ein großer Schwerpunkt sei die Heranführung von Kindern und Jugendlichen an Kunst und Kultur, die hierzu keinen Zugang haben. Die Stiftung versuche, mit dem Zukunftspreis „Jugendkultur“ die „Leuchttürme“ der Kinderkultur im Kleinen zu schaffen.

Die Potentialstudie zu Kinder- und Jugendkulturprojekten des Zentrums für Kulturforschung in Bonn habe trotz vieler unterschiedlicher Strukturen und inhaltlicher Ausrichtungen drei Haupttypen von Projekten herausgefunden. So gebe es zum einen die nachhaltigen Strukturprojekte, die kulturelle Bildung für eine relativ hohe Zahl von Kindern förderten und die für einen längeren Zeitraum konzipiert seien. Der zweite Projekttyp umfasse Projekte mit Zielgruppenfokus. Da konzentriere man sich auf eine ganz bestimmte Zielgruppe - beispielsweise Kita-Kinder. Als dritten Typ habe man die innovativen Wegweiserprojekte herausgefunden, die eine andere Förderung bräuchten. Diese probten punktuell Neues - neue Kooperationen, neue Partnerschaften und neuartige Herangehensweisen künstlerischer Art.

Aus der Studie lasse sich ableiten, dass es unabdingbar sei, von rezeptiven Angeboten wegzukommen und Kinder und Jugendliche stärker kreativ mit einzubeziehen.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

Der regelmäßige Austausch aller Partner eines Projekts mit ganz unterschiedlichen Professionen sei ein zentraler Erfolgsfaktor. Projekte, die sich an Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Stadtteilen richteten, sollten besonders gut ausgestattet sein. Sie müssten in den Rahmenbedingungen flexibel sein, da öfters etwas schief gehe. Besonders fruchtbar seien Kooperationsmodelle. Wenn verschiedene Einrichtungen zusammenarbeiteten, steige die Qualität im Miteinander. Dies trage maßgeblich zum Gelingen eines Projekts bei. Es müsse auch ein pädagogisches Konzept dazukommen. Projekte, die sich speziell an kulturferne junge Menschen richteten, sollten nicht nur niederschwellige Angebote unterbreiten. So könne z. B. das 50. Hip-Hop-Projekt zwar einen ersten Zugang fördern, trage aber im Endeffekt weiter zur Bildungsbenachteiligung bei. Es sei darauf zu achten, dass sich die Benachteiligung nicht dadurch weiter verfestige, dass die einen das klassische Konzert studierten und die anderen immer nur die Hip-Hop-Angebote bekämen.

2.1.3. Gespräch zum Thema „Ästhetische Erziehung für Kinder muss sein: Positive Auswirkungen auf Hirnvernetzung und Verhalten“ mit Herrn Prof. Dr. med. Eckart Altenmüller, Institut für Musikphysiologie und Musikermedizin

Herr Prof. Dr. med. Eckart Altenmüller (Institut für Musikphysiologie und Musikermedizin) erklärte, dass die Aufgabe seines Instituts u. a. sei, die Wirkungen von Musik zu erforschen. Die Studie von Prof. Bastian über den Zeitraum 1996 bis 2001 habe ergeben, dass intensivierter Musikunterricht zur Verbesserung des Sozialverhaltens führe. Die gegenseitige Akzeptanz habe sich vergrößert, die Jugendlichen hätten mehr Kontakt untereinander gehabt, sie hätten sich selbst besser wahrgenommen und angenommen und sie hätten weniger Konflikte im Vergleich zu anderen Schülern gehabt. Das Musikalisierungsprojekt „Rhythm-is-it“ weise darauf hin, dass sich Musik, Tanz und musikalische Aktivitäten positiv auf das Selbstvertrauen und das Sozialverhalten auswirken. Auch finde man bei den Spitzenkräften der Gesellschaft besonders viele künstlerisch Aktive. Als Darstellung und Vermittlung von Emotionen habe Musik die Kommunikation zum Thema.

Ästhetische Erziehung verändere das Gehirn. Jede künstlerische Aktivität benötige die gesamte große Oberfläche des Gehirns. Das Stirnhirn - die Region, in der man

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

wahrnehme, was in anderen vorgeht und sich darauf einstellt - habe in den letzten 300.000 Jahren am meisten zugenommen. Dieses Stirnhirn sei bei Jungen erst im Alter von etwa 22 bis 23 Jahren ausgereift. Bei Jugendlichen habe man also noch hochdynamische und im Wachstum begriffene neuronale Systeme. Das sei ein Grund gewesen, warum in den Vereinigten Staaten verschiedene Staaten die Todesstrafe für Jugendliche abgeschafft hätten. Die Messungen des Hirnstrombildes mit EEG-Elektroden hätten ergeben, dass es bereits nach etwa 20 Minuten Klavierspielen in der ersten Klavierstunde eine Vernetzung gebe. In diesem Zeitraum würden bereits Verbindungen im Gehirn zwischen Hör- und Bewegungsregionen angelegt. Nach etwa einem Jahr seien diese wahrscheinlich lebenslang vorhanden. Dies zeige, wie dynamisch das System sei - wenig Musikunterricht im frühen Alter habe Auswirkungen auf die Hirnvernetzung. Messungen der Dichte der Nervenzellsubstanz in der Großhirnrinde hätten ergeben, dass Berufsmusiker größere und dichter gepackte Nervenzellzentren im Bereich beider Handregionen haben, dass sie größere Nervenzellzentren im Bereich beider Hörregionen sowie im Bereich der für die Koordination wichtigen kleineren Regionen und im Bereich der Gedächtnisregionen haben. Das Musizieren sei der stärkste Reiz für Neuroplastizität. Neuroplastizität sei die Fähigkeit des Nervensystems, sich an Spezialbedingungen anzupassen.

Als sog. Nahtransfer ergebe sich beispielsweise bei Klavierspielern eine Verbesserung der Feinmotorik auch für andere Aktivitäten. Der sog. Ferntransfer sei vielleicht der allerwichtigste und der am schwersten zu erforschende Effekt. Die Kinder erlernen, in der musikalischen Erziehung z. B. Musiknotenwerte zu unterscheiden - dies seien alles mathematische Grundoperationen. Ein Kind, das regelmäßig Musik-, Tanz- oder Kunstunterricht erhalte, lerne sog. soziale Tugenden wie Konzentration, Frustrationstoleranz, Ausdauer und Strategiebildung. Wenn Kinder etwas könnten, dann bilde sich Selbstvertrauen und ein positives Selbstkonzept. Seine Anregung sei zunächst, den Schulunterricht sicherzustellen. Das Entscheidende sei nicht die Musikgattung, sondern die affektive, die emotionale Stellung zur Musik. Man könne auch mit Rapp die tollsten Effekte auf die Hirnvernetzung erzielen, wenn man es mit Leidenschaft und Freude mache.

2.1.4. Öffentliches Expertengespräch zur Studie „Kulturpolitik für Kinder“ mit Herrn Prof. Dr. Wolfgang Schneider, Universität Hildesheim

Herr Prof. Dr. Wolfgang Schneider (Universität Hildesheim) stellte zusammen mit vier Studentinnen und Studenten eine Studie zur Kulturpolitik für Kinder vor. Es sei untersucht worden, was in den letzten 15 Jahren nach Ratifizierung der Kinderrechtskonvention der UN zur Umsetzung des in Artikel 31 verbrieften Rechts der Kinder auf Kunst und Kultur an Konzepten, Programmen und Maßnahmen erfolgt sei. Man habe alle 16 Bundesländer auf ihre Kulturpolitik hin untersucht. Zunächst sei klarzustellen, dass wenn von Kultur die Rede sei, dann gehe es nicht um Kinder, wenn von Kindern die Rede sei, dann gehe es nicht um Kultur. Oft sei Kinderpolitik eine Politik der Problematisierung - Kultur komme kaum vor. Da Kulturpolitik für Kinder eine Querschnittsaufgabe sei, komme aufgrund der unterschiedlichen Zuständigkeiten nicht immer eine dezidierte Kulturpolitik für Kinder heraus. Kulturpolitik für Kinder brauche klare Konzepte und sollte als eigenständiger Politikbereich definiert werden.

Der Student Aron Weigl führte aus, dass sich Baden-Württemberg selbst als Kinderland darstelle. In Baden-Württemberg gebe es eine vielfältige Kulturlandschaft für Kinder. Es fehle aber an einer dezidierten Kinderkulturpolitik, an einer klaren Festlegung in Konzepten, wie man Kulturpolitik machen könne. Zur Kinderkulturpolitik in Bremen erläuterte die Studentin Anna Erichson, dass diese hier Beteiligung am kulturellen Leben bedeute, und zwar durch Angebote der künstlerischen und kulturellen Kinder- und Jugendbildung sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Bereich. Kulturpolitik für Kinder werde als Teil kindgerechter Lebensbedingungen verstanden, diene also der Persönlichkeitsentwicklung des Kindes. Die Kinderkulturpolitik werde hier als Querschnittsaufgabe verschiedener politischer Ressorts gesehen. Dies biete einerseits eine Chance für einen breiten politischen Konsens, berge aber andererseits die Gefahr uneindeutiger Zuständigkeiten, gerade auch in Finanzierungsfragen. Wünschenswert wäre daher eine Art Arbeitsgruppe der verschiedenen Ressorts, in der sie sich stärker vernetzen und ihre Aktivitäten und Programme stärker aufeinander abstimmen könnten. Die Studentin Hannah Blum stellte fest, dass das Rahmen- und Fachkonzept für Kinder- und Jugendkulturarbeit für Hamburg charakteristisch und in Deutschland einzigartig sei. Anliegen dieses Konzepts sei es,

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

dass junge Menschen durch ästhetische Bildung und durch die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur in sozial-künstlerischen Prozessen Schlüsselkompetenzen wie Teamfähigkeit, Kreativität, Leistungsbereitschaft und Toleranz erlernen. Zunächst sei eine Bestandsaufnahme des bereits vorhandenen kulturellen Angebots für Kinder erstellt worden. Dabei habe sich herausgestellt, dass Hamburg zwar über eine außergewöhnliche Vielzahl von kulturellen Projekten für Kinder verfüge, es aber an einer Vernetzung dieser Projekte untereinander und an der Transparenz der Angebote für Interessenten fehle. Daher sei eine breitenwirksame Nutzung des Angebots nicht möglich gewesen. Daraufhin seien Vernetzungskonzepte erstellt worden, die diese Angebotstransparenz gewährleisten sollten. Zur Verbesserung der Zusammenarbeit der Bereiche Kultur-, Bildungs- und Jugendpolitik sei eine behördenübergreifende Projektgruppe eingesetzt worden, die sich aus freien Trägern, Initiativen, Institutionen und Künstlern zusammensetze. Das Rahmenkonzept sei 2004 verabschiedet und die Jahre 2004 bis 2006 seien evaluiert worden. Es habe sich herausgestellt, dass durch die gestiegene Zahl kultureller Projekte die Präsenz in den Medien enorm gestiegen sei und dies zu einer enormen Aufwertung des Arbeitsfeldes geführt habe. Dadurch habe man viele neue Sponsoren und Förderer finden können.

In einem Ranking habe Hamburg die Nummer 1 unter den Ländern belegt. Ein wesentlicher Grund dafür sei, dass in Hamburg die Kinderkulturpolitik über kulturelle Bildungspolitik hinausgehe. Außerdem werde in Hamburg tatsächlich eine Verbindung der einzelnen Ressorts hergestellt. Auch zeichne Hamburg aus, dass die zahlreichen Kooperationen sehr innovative Projekte ermöglichen. Durch das Aufgreifen von aktuellen Strömungen finde auch eine Begeisterung für Kultur statt.

Herr Prof. Dr. Wolfgang Schneider (Universität Hildesheim) stellte abschließend zum Ranking klar, dass es nicht um Quantität, sondern um die Qualität der Kulturpolitik für Kinder gegangen sei, die nicht nur von Konzepten, sondern von deren Umsetzung ausgehe. Das Konzept sei nicht von oben aufgesetzt worden, sondern von unten gewachsen. Da biete ein Stadtstaat ganz andere Möglichkeiten als ein Flächenstaat. Bei dem Ranking gehe es nicht darum, Länder ins Abseits zu stellen. Es gehe vielmehr darum, darauf aufmerksam zu machen, dass dieses Politikfeld noch mit Konzepten, aber auch mit Infrastruktur gefüllt werden müsse. In Hamburg habe es das

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

sog. Schnittstellenamt gegeben. Vor dort aus habe man nicht „irgendwie Verwaltung“ koordiniert, sondern einen Diskurs, der üblicherweise nicht stattfindet: den Diskurs zwischen dem Jugendamt, dem Schulamt, dem Kulturamt und den politischen Stellen.

Zu diesen Themen wurde folgende Pressemitteilung veröffentlicht:



DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemittteilung

Berlin, 14. Dezember 2007

Beste Kulturpolitik in Hamburg - Forderung nach eigenständigem Politikbereich bleibt

Der Stadtstaat Hamburg hat seine Kinderkulturpolitik beispielhaft für Deutschland aufgestellt. Die Ergebnisse einer Studie über Kulturpolitik für Kinder in Deutschland, die an der Stiftungsuniversität Hildesheim im Studiengang „Kulturwissenschaften und ästhetische Praxis“ entstanden ist, wurden am 12.12.2007 in der Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages vom Direktor des Instituts für Kulturpolitik, Prof. Dr. Wolfgang Schneider, zusammen mit Diplomanten vorgestellt.

Die aktuelle Situation hinsichtlich einer Kulturpolitik für Kinder wurde in einer bundesweiten Studie im Sommersemester 2007 untersucht. Hintergrund war die Fragestellung, ob es eine dezidierte Kulturpolitik für Kinder überhaupt gibt und wie diese jeweils strukturell gestaltet wird. Da Kulturpolitik föderalistisch organisiert ist, liegt es nahe, jedes Bundesland separat zu betrachten. Professor Schneiders Konklusion: „Wenn von Kultur die Rede ist, geht es nicht um Kinder, wenn von Kindern die Rede ist, geht es nicht um Kultur!“ Es fällt auf, dass Kulturpolitik für Kinder eine Querschnittsaufgabe von Kulturpolitik, Bildungspolitik und Sozialpolitik darstellt und Kulturpolitik für Kinder häufig im Zusammenhang mit kultureller Bildung formuliert wird.

Daher steht als Forderung am Ende der Studie, dass Kulturpolitik für Kinder klare Konzepte braucht und als eigenständiger Politikbereich definiert werden sollte. In Baden-Württemberg ist eine Kompetenzverschränkung in der Kinderkulturpolitik zu beobachten. Weder konzeptionell noch finanziell ist in den Haushaltsplänen eine Kulturpolitik für Kinder auszumachen. Es existiert offensichtlich eine vielfältige und belebte Kulturlandschaft für Kinder, ein eindeutiges politisches Konzept fehlt jedoch.

2

- 2 -

Die Kinder- und Jugendpolitik ist in Bremen Querschnittsaufgabe von verschiedenen politischen Ressorts, Verbänden und Initiativen. Einerseits bietet es eine Chance durch einen breiten politischen Konsens, andererseits birgt es auch eine Gefahr durch uneindeutige Zuständigkeiten.

Eine Evaluation des Rahmenkonzepts in Hamburg hingegen hat ergeben, dass die gestiegene Anzahl der kulturellen Projekte in Hamburg und die daraus resultierende erhöhte Präsenz der Kinder- und Jugendkulturarbeit in den Medien zu einer enormen Aufwertung des Arbeitsfeldes geführt hat. Eine Aufwertung, die das Feld der Kinder- und Jugendkultur derart lukrativ erscheinen ließ, dass neue Partner und Sponsoren für die Kulturförderung gewonnen werden konnten.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

2.1.5. Stellungnahme der Kinderkommission zum Thema „Kinder und Kultur“

Die aus den Expertenanhörungen gewonnenen Erkenntnisse und die Ergebnisse ihrer Beratungen fasste die Kinderkommission in der folgenden Beschlussempfehlung zusammen:

Berlin, 7.4.2008

Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestags zum Thema „Kinder und Kultur“

Eigenständige Kulturpolitik für Kinder und Jugendliche etablieren

Wenn es um Kultur geht, dann geht es selten um Kinder - wenn von Kindern die Rede ist, dann spricht man kaum von Kultur

Dieser Befund zum Thema „Kinder und Kultur“ ist ernüchternd. Damit läuft die deutsche Kulturlandschaft Gefahr, ihre Zukunft zu verspielen. Die Bedeutung von Kultur für unsere Gesellschaft und gerade die Bedeutung von Kultur für unsere Kinder wird systematisch vernachlässigt. Was eine Gesellschaft verliert, die ihre Kultur vernachlässigt, ist nicht weniger als ihre Identität.

Seit Jahren ist die Begeisterung für Kunst und Kultur sowie die Nachfrage nach kulturellen Angeboten dramatisch rückläufig. Der Grundstein für jedes kulturelle Interesse wird in den Jahren der Kindheit gelegt. Je früher ein Mensch mit Kunst und Kultur in Berührung kommt, desto intensiver und desto nachhaltiger wird sein lebenslanges kulturelles Interesse ausgeprägt sein.

Aktives wie passives kulturelles Erleben entfaltet seine Wirkung weit über den Kulturbereich hinaus. Ein Kind, das ein Instrument lernt, singt, tanzt oder Theater spielt, entwickelt spielerisch und selbstverständlich Kompetenzen, die ihm ein Leben lang von Vorteil sein werden. Dazu gehören Kreativität, Durchhaltevermögen, Konzentrationsfähigkeit und Abstraktionsvermögen ebenso wie Flexibilität, Toleranz, Zuverlässigkeit, Selbstbewusstsein und Vorstellungskraft. Die Vermittlung dieser Schlüsselkompetenzen über vergleichsweise einfache Mittel der kulturellen Bildung legt den Grundstein für eine erfolgreiche Bildungsbiografie.

Darüber hinaus ermöglicht kulturelle Bildung insbesondere benachteiligten Kindern und Jugendlichen den Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe und leistet einen wichtigen Beitrag zur Integration. Im Chor oder Orchester spielt der sozioökonomische Hintergrund eines Kindes oder seine Herkunft keine Rolle. Wo der Beitrag jedes Einzelnen zählt, lernen Kinder über kulturelle und finanzielle Grenzen hinweg, sich auf-

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

einander zu verlassen und einander zu helfen. Das gemeinsame Erleben von Kultur wirkt somit einem Trend der zunehmenden Ausgrenzung benachteiligter Kinder und Jugendlicher entgegen.

Die kulturelle Infrastruktur für Kinder und Jugendliche weist jedoch erhebliche Defizite auf. Musikschulen und Kindertheater sind gezwungen zu schließen, eng kalkulierte Fördermittel machen eine langfristige Planung der Einrichtungen oft unmöglich, Tanz- und Theaterprojekte für Kinder und Jugendliche stehen und fallen mit Spenden und Zuwendungen aus privater Hand oder durch Stiftungen.

Kulturelle Bildung im Kindergarten und in der Schule verliert bundesweit seit Jahren an Gewicht. Der Ausfall des Musikunterrichts an Grundschulen ist erschreckend und viel zu wenige Schulen verfügen über ein Theater, ähnliche geeignete Räume oder gar eine Bibliothek. Schulausflüge und Exkursionen im Klassenverband finden immer seltener den Weg in kulturelle Einrichtungen wie Theater, Konzerthäuser oder Museen. Der schon seit langem angemahnte Fachlehrermangel wird immer gravierender und kulturell-pädagogische Inhalte in der Lehrer- und Erzieherausbildung verlieren weiter an Stellenwert.

Kulturelle Bildung soll zu einer Selbstverständlichkeit für jedes Kind werden - für Eltern, Schulen, Kindergärten, die Kommunen und die Länder. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es einer „Kulturpolitik für Kinder“. Aus diesem Grund hat sich die Kinderkommission mit dem Thema „Kinder und Kultur“ beschäftigt und dabei verschiedene Aspekte näher beleuchtet.

Die Kinderkommission hat verschiedene Experten eingeladen, durch deren Anhörung sie zu folgenden Ergebnissen kam:

- je früher kulturelle Bildung ansetzt und je früher ein Kind künstlerisch-kulturelle Erfahrungen macht, desto intensiver prägt es eine kulturelle Empathie aus, die umso nachhaltiger, in vielen Fällen ein Leben lang erhalten bleibt;
- gleiches gilt für die Ausbildung der oben genannten Schlüsselkompetenzen (Kreativität, Durchhaltevermögen, Konzentrationsfähigkeit, Abstraktionsvermögen, Flexibilität, Toleranz, Zuverlässigkeit, Selbstbewusstsein, Vorstellungskraft);
- in den meisten Kindertagesstätten spielen Gesang oder Bewegung zu Musik eine untergeordnete Rolle, das Potential für eine Stärkung der kulturellen Bildung ist in Kindertagesstätten besonders hoch;
- in einer zunehmend ausgrenzenden Gesellschaft leisten Kulturprojekte und kulturelle Aktivitäten auf vielfältigen Wegen wichtige Beiträge für die Integration benachteiligter Kinder und Jugendlicher;
- Musik-, Tanz- oder Theatergruppen schaffen neue Gemeinschaften jenseits von sozialen Grenzen;

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

- Kinder und Jugendliche gewinnen Freunde und Vorbilder außerhalb ihrer zum Teil ausgegrenzten Lebenswelt, ihnen werden bisher oft unbekannte Werte vermittelt, die für ein sozial integriertes Leben unabdingbar sind;
- sie entdecken eigene Talente und Leistungsfähigkeit, lernen Disziplin, Respekt und Toleranz, lernen ihre Grenzen kennen;
- Integrationsprojekte müssen nicht zwingend besonders niedrighschwellige kulturelle Aktivitäten beinhalten;
- lernen Kinder - gerade auch Kinder mit Lernschwächen - ein Instrument zu spielen, können Schwächen in den Bereichen Logik, Mathematik und Sprache mit hoher Erfolgsquote ausgeglichen werden;
- nicht nur die aktive kulturelle Beschäftigung, auch das passive Erleben von Kultur - der Theater-, Konzert- oder Museumsbesuch - sollte einen hohen Stellenwert für Kinder und Jugendliche haben;
- Kinder empfinden keine Ängste vor oder Abneigung gegenüber kulturellen Einrichtungen wie Museen oder Theatern. Die Schwelle zum Besuch dieser Orte wird vielmehr von Erwachsenen als besonders hoch empfunden und auf die Kinder übertragen;
- kindgerechte Museumspädagogik ist ein Zweig der kulturellen Bildung, der sich in den letzten Jahren stark weiterentwickelt hat: Das Museum wird zum Ort der frühen Wissensvermittlung, des interaktiven Lernens, Erlebens und Mitmachens. Kinder lernen hierbei keine bloßen Fakten, vielmehr entwickeln sie eine Empathie für Wissen - ein Grundlage jeder erfolgreichen Bildungsbiografie;
- kulturelle Bildung als fest verankertes Element sollte, realistisch betrachtet, spätestens an und in den Grundschulen ansetzen, denn nur so können alle Kinder gleichermaßen erreicht werden;
- da die Mehrzahl kultureller Einrichtungen in Städten angesiedelt ist, stellt eine schwache Infrastruktur des ÖPNV (öffentlicher Personennahverkehr) für Kinder und Jugendliche in ländlichen Gebieten (insbesondere für Schulklassen) eine große Hürde für ihre kulturelle Teilhabe dar;
- (bundes-)politischer Gestaltung zum Thema „Kinder und Kultur“ werden an zwei Fronten Grenzen aufgewiesen: (1) die „Kulturhoheit“ der Länder und (2) die Abgrenzung der relevanten Ressorts: Kinder und Jugend, Bildung, Kultur und Inneres;
- „Kulturpolitik für Kinder“ kann nur als vernetzte Querschnittsaufgabe realisiert werden;
- Ansätze einer integrierten „Kulturpolitik für Kinder“ finden sich in den Stadtstaaten (allen voran Hamburg) und in Baden-Württemberg als einzigem Flächenstaat;
- länderübergreifend geben die „Empfehlungen der KMK (Kultusministerkonferenz) zur kulturellen Kinder- und Jugendbildung“ vom Januar 2007 erstmals einen Hinweis darauf, dass die Relevanz des Themas bundesweit erkannt worden ist;

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

- für die notwendige „Politik aus einem Guss“ bedarf es eines länder- und ressortübergreifenden Forums oder Gremiums, ein solches existiert bisher nicht;
- Angebote der frühkindlichen kulturellen Bildung (Tanz, Gesang, Rhythmus-schulung oder Theater vom zweiten Lebensjahr an) finden langsam den Weg nach Deutschland;
- die Rahmenbedingungen im Bildungsbereich sind zufriedenstellend: In den Bildungsplänen aller Bundesländer sind Musik- und Kunstunterricht oder Darstellendes Spiel in allen Schultypen integriert. Die Defizite liegen vor allem in der Umsetzung;
- Aus- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern, Erzieherinnen und Erziehern ist im kulturellen Bereich mangelhaft, der Bedarf an gut ausgebildeten Fachlehrern übersteigt deutlich das Angebot;
- eine gezielte Verbindung von schulischen und außerschulischen Angeboten stärkt die kulturelle Bildung;
- Projekte, in denen ausgebildete Musik- oder Theaterpädagogen vor Ort mit Kindergarten- oder Schulkindern zusammenarbeiten, sind besonders erfolgreich;
- kulturelle Bildung wird in enger Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätten, Grundschulen und Schulen einerseits und den umliegenden Kultureinrichtungen andererseits gefestigt. Die Vermittlung von Lerninhalten wird durch themenbezogene Besuche der Schulklassen in kulturellen Einrichtungen nachweislich verbessert;
- Musik-, Tanz- oder Theatergruppen schaffen neue Gemeinschaften jenseits von sozialen Grenzen;
- Vorbilder spielen eine wichtige Rolle in der Heranführung von Kindern und Jugendlichen an Kultur. Das soziale Umfeld - Eltern, Lehrer, Bekannte, Vereine - prägen ihr kulturelles Interesse in entscheidendem Maße.

Deshalb fordert die Kinderkommission:

- wir regen die KMK an, einen Ausschuss „kulturelle Kinder- und Jugendbildung“ zu initiieren, der bundesweite Standards für die kulturelle Bildung in allen Schultypen erarbeitet und kommuniziert. Ein solches ressortübergreifendes Netzwerk sollte sich sowohl aus Vertretern der relevanten Ressorts der Länder (Kinder und Jugend, Bildung, Kultur) als auch aus externen Experten, insbesondere der BKJ (Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung), zusammensetzen,
- grundlegende kulturelle Kompetenz zum verbindlichen Inhalt in der Ausbildung von Grundschullehrerinnen und Grundschullehrern, Erzieherinnen und Erziehern zu machen,
- Fort- und Weiterbildungsangebote für Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher im kulturpädagogischen Bereich auszuweiten und höher zu bewerten,
- die Kommunen sind dazu aufgerufen, erfolgreichen Modellen von Seiten der BKJ zu folgen und die Vernetzung von kommunalen Bildungs- und Kultureinrichtungen (schulischen und außerschulischen kulturellen Bildungsangeboten) zu fördern,

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

- eine Überprüfung der räumlichen Ausstattung von Kindertagesstätten und Schulen, um die Versorgung mit geeigneten Räumen, die eine aktive kulturelle Bildungsarbeit (Bewegung, Tanz, Musik, Theater) ermöglichen, zu verbessern,
- einen höheren Stellenwert und größere gesellschaftliche Anerkennung des kulturellen Engagements von Privatunternehmen und Stiftungen ,
- eine weitere Stärkung des ehrenamtlichen Engagements,
- der Besuch von kulturellen Einrichtungen darf keine Frage des Geldes sein: Wir fordern deshalb freien Eintritt in alle kulturellen staatlichen Einrichtungen für Kinder,
- eine Überprüfung des Infrastrukturbedarfs im ÖPNV, um die Erreichbarkeit von kulturellen Einrichtungen insbesondere in ländlichen Regionen sicherzustellen,
- kultureller Bildung auch in der Kinder- und Jugendarbeit außerhalb von Schulen und Kindertagesstätten einen höheren Stellenwert einzuräumen, beispielsweise durch die gezielte Förderung von Projekten,
- Betreuerinnen und Betreuer der Kinder- und Jugendarbeit die Bedeutung der kulturellen Bildung und ihrer Vorbildfunktion diesbezüglich aufzuzeigen,
- die Aufnahme und Ausweitung von kulturellen Programmen und Projekten in den „Nationalen Integrationsplan“,
- eine intensive Öffentlichkeitsarbeit, die zur festen Verankerung des gesellschaftlichen Bewusstseins über die große Bedeutung von Kultur und kultureller Bildung beiträgt.

Miriam Gruß, MdB

Diese Stellungnahme wurde an folgenden Verteiler übermittelt:

- Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Ausschuss für Kultur und Medien
- Beauftragter für Kultur und Medien der Bundesregierung - Staatsminister bei der Bundeskanzlerin Bernd Neumann, MdB
- Kultusminister der Bundesländer.

2.2. Kinder und Mobilität

Zu diesem Thema informierte sich die Kinderkommission in den nachfolgend skizzierten zwei Fachgesprächen:

2.2.1. Gespräch zum Thema „Verkehrssicherheit von Kindern“ mit Frau Beate Pappritz, Leiterin Verkehrssicherheitsprogramme, ADAC e. V.

Frau Beate Pappritz (ADAC e. V.) wies darauf hin, dass im Jahr 2006 insgesamt 34.534 Kinder im Straßenverkehr verunglückt seien. Die Zahlen für 2007 lägen noch nicht vor - nach der Hochrechnung sei die Zahl der Getöteten insgesamt etwas zurückgegangen, aber es gebe ein Anwachsen der Unfall- und der Verletztenzahlen.

Nach der gesetzlichen Regelung müssten Kinder bis zum Alter von 12 Jahren und einer Größe von 1,50 m gesichert sein. Bei einer Umfrage im Jahr 2006 habe der ADAC Erwachsene gefragt: „Wo glauben Sie, verunglücken Kinder unter sechs Jahren am häufigsten - zu Fuß, mit dem Fahrrad oder im Auto?“ Mehr als die Hälfte hätte geantwortet, dass es die Kinder zu Fuß seien und 20 Prozent meinten, es seien die Kinder als PKW-Mitfahrer. Tatsächlich verunglückten 59 Prozent der Kinder im Fahrzeug, und zwar im Fahrzeug ihrer Eltern. Da gebe es immensen Aufklärungsbedarf. Es sei ja keine böse Absicht, wenn die Kinder schlecht gesichert seien. Es sei zum Teil Unkenntnis, zum Teil hänge es auch mit dem Kaufverhalten der Eltern zusammen. Kindersitze würden häufig einfach im Internet bestellt. Auch das Personal in Fachgeschäften sei nicht richtig geschult. Es gebe nach wie vor große Schwierigkeiten, weil nicht jeder „Isofix“-Sitz - eine feste Verankerung im Fahrzeug, in die man den Sitz nur noch reinklicken müsse - für jedes Auto geeignet sei. Da seien nach wie vor die Hersteller gefragt, etwas Einheitliches auf den Markt zu bringen. Man habe festgestellt, dass 66 Prozent aller Kinder in dieser Altersgruppe im Fahrzeug falsch gesichert seien. Auch gebe es immer noch zahlreiche Verkehrsteilnehmer, die meinten, dass man sich auf einer Kurzstrecke nicht zu sichern brauche. Viele Eltern gingen mit schlechtem Beispiel voraus.

Der ADAC mache jährlich auch Kindersitz-Tests. Damit habe er sehr viel bewegt. So seien in den letzten Jahren schon Sitze vom Markt genommen worden. Wenn Hersteller einsichtig seien, könne man als Verbraucherschützer eine Menge bewegen.

Die Teilnehmer an dem Programm „Sicher im Auto“ könnten im Fahrzeug verschiedene Tests durchführen. Die Moderatoren könnten einen Blick auf das Fahrzeug der Eltern werfen und den Sitz prüfen. Inzwischen gebe es hierfür 120 vom ADAC aus-

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

gebildete Moderatoren. Man habe jährlich knapp 100.000 Teilnehmer. Der ADAC habe auch einen großen Schulbustest durchgeführt. Es habe sich herausgestellt, dass teilweise nicht die besten Busse eingesetzt würden. Die Busse seien auch oft überfüllt. Den klassischen Schulbus gebe es immer weniger. Es würden sehr viele Busse aus dem öffentlichen Nahverkehr eingesetzt, die auf freier Strecke 60 km/h fahren - auch mit stehend beförderten Personen. Der ADAC habe schon vor vielen Jahren Schulbushaltestellen entwickelt, da sich sehr viele Unfälle mit Kindern im Umfeld des Busses an den Haltestellen ereigneten.

Sie fände es eine gute Idee, Kindersicherungsmaßnahmen auch in die Ausbildung für den Führerschein aufzunehmen. Auch das Thema der schulischen Verkehrserziehung sei wichtig. Diese Erziehung leiste nicht nur Beiträge zur Sicherheitserziehung, sondern auch zur Sozial-, Gesundheits- und Umwelterziehung. In den Grundschulen werde die Empfehlung zur schulischen Verkehrserziehung sehr ernst genommen, aber dann sei meistens Schluss. Auch sei die Forderung der KMK nach Aufnahme verkehrserzieherischer Veranstaltungen in die Lehrerausbildung für die Sekundarstufe I und II nicht umgesetzt worden.

2.2.2. Gespräch zum Thema „Kinderfreundliches Reisen“ mit Frau Annette Weber und Frau Ellen Engel von der Deutschen Bahn AG, Herrn Nils Braun von der Lufthansa AG sowie Herrn Wolfgang Göss von Air Berlin

Frau Annette Weber (Deutsche Bahn AG) berichtete, dass die Bahn auf sieben Relationen ein spezielles Angebot für alleinreisende Kinder habe. Dieses Angebot gebe es in ausgewählten Zügen freitags und sonntags zurück. Schwerpunkt sei die Altersgruppe zwischen 6 und 11 Jahren. Gebucht werde ausschließlich über eine Buchungshotline. Die Bahn wolle im Vorfeld Details zu dem Kind wissen. Die Eltern hinterlegten, wer das Kind abgebe und wer es abhole - nur demjenigen werde das Kind auch ausgehändigt. Die Rufnummern müssten bekannt sein für den Fall, dass es irgendwelche Änderungen oder Verspätungen gebe. Wenn sich der abholende Elternteil verspäte, verbleibe das Kind in der Bahnhofsmmission. Im Gegensatz zu den Airlines sei bei der Bahn ein betreutes Angebot erforderlich - in der Bahn könne sich das Kind ja bei jedem Halt selbständig machen und aussteigen. Das betreute Reisen biete die Bahn zusammen mit der Bahnhofsmmission an. Ein ehrenamtlicher Mitarbei-

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

ter der Bahnhofsmissionen begleite jeweils höchstens fünf Kinder. Vielfach seien die Begleitpersonen ältere Menschen, aber auch Studentinnen und Studenten und Praktikantinnen und Praktikanten der Erziehungswissenschaften. Diese Betreuer müssten bestimmte Kriterien erfüllen. Sie seien beispielsweise in 1. Hilfe ausgebildet. Der Betreuer erhalte für die Reise 25 Euro. Die Betreuer seien mit einem sog. Spielkoffer ausgestattet. Die Bahn würde dieses Angebot gerne ausweiten - dies gehe aber nur gemeinsam mit den Bahnhofsmissionen. Das Thema Barrierefreiheit sei ein großes Thema - alle 5.400 Bahnhöfe barrierefrei zu gestalten, sei eine große Herausforderung.

Herr Nils Braun (Lufthansa AG) wies darauf hin, dass die Lufthansa seit 1968 den „Rotkäppchen-Service“ etabliert habe. In Frankfurt/Main und München habe die Lufthansa ca. 82.000 unbegleitete Kinder pro Jahr, die von ca. 400 geschulten Mitarbeitern betreut würden. Die Übergabe sei ähnlich wie bei der Bahn geregelt - nur gegen Legitimation und klare Identifikation würden Kinder übernommen und abgegeben. Dieses Angebot gebe es generell für unterstützungsbedürftige Reisende. Man habe über 500.000 unterstützungsbedürftige Personen - Kinder machten davon knapp ein Fünftel aus. Dieser Service werde überall angeboten - er müsse nur rechtzeitig, d. h. mindestens 24 Stunden vorher, angefordert werden. Viele Eltern würden auch gerne ältere Kinder in Obhut geben, aber dies sei nur in begründeten Einzelfällen leistbar. Kinder bis zu zwei Jahren könnten innerhalb Deutschlands gratis fliegen - allerdings auf dem Sitzplatz des Reisenden. Für einen eigenen Sitzplatz mit entsprechendem Vorhaltesystem gebe es einen Ermäßigungspreis.

Herr Wolfgang Göss (Air Berlin) erklärte, dass es auch bei Air Berlin schon lange den Service für unbegleitete Kinder gebe. Kinder hätten eine Freigepäckgrenze von 20 Kilogramm. Kinderwagen und -sitze sowie Babybettchen und -nahrung könnten kostenlos zusätzlich befördert werden. Kinder zahlten nur 10 Prozent des Nettoflugpreises ohne weitere Kosten. Es fielen bei Umbuchungen auch keine Kosten an. Air Berlin nehme kostenlose Sitzplatzreservierungen für Familien mit kleinen Kindern vor. Für Kinder unter einem Jahr hätten die meisten Flugzeuge an der vorderen Kabinenabschlusswand Vorrichtungen zum Installieren von Babybettchen. Dies sei eine

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

gute Alternative zu dem auf dem Schoßhalten des Kindes. Als weitere Service-Aspekte gebe es das frühzeitige Einsteigen bis hin zu Active-Boarding-Assistance.

Alle Experten bestätigten, dass sie den Fall, dass ein unbegleitetes Kind nicht abgeholt worden sei, noch nicht gehabt hätten. Bei Verspätung des Abholers sei immer sichergestellt, dass das Kind betreut werde.

Im Zentrum des Gesprächs stand die Frage der Kindersitze in den Flugzeugen. Die Vertreter der beiden Luftfahrtgesellschaften brachten übereinstimmend zum Ausdruck, dass dies ein äußerst schwieriges Thema sei. Es sei eine technische Frage, wie sich ein bestimmtes Kinderrückhaltesystems in einem bestimmten Flugzeug verhalte. Nicht jeder Autokindersitz sei für einen Flugzeugsitz geeignet. Man habe nicht nur sehr unterschiedliche Flugzeugtypen, sondern es gebe zusätzlich noch eine unterschiedliche Konfigurierung der Sitze. Dies bedeute, dass Sitzplätze unterschiedlich angeordnet seien und unterschiedliche Größen hätten. Die US-Luftfahrtbehörde habe diverse Kindersitze zertifiziert, die von der Lufthansa an Bord zugelassen würden. Die Lufthansa sei auch im Gespräch mit dem Luftfahrtbundesamt über die Zulassung eines Kindersitzes. Es stelle sich aber die Frage, ob dieser Sitz an Bord auch wirklich richtig befestigt werden könne. Bei Turbulenzen u. ä. könnte der Autokindersitz selbst zu einer Gefahr für andere Passagiere werden. Es sei immer eine Abwägung zwischen der individuellen Sicherheit des Kindes und der Sicherheit aller Passagiere an Bord erforderlich.

Die sog. „loop-belts“ seien vom Luftfahrtbundesamt untersagt worden. Das sei sinnvoll, denn wenn die Eltern nach vorne gingen, dann habe das Kind keine Überlebenschance. Nach Abstimmung mit dem Verkehrsministerium und dem Luftfahrtbundesamt empfehle man das sog. Lapholding - das Kind einfach ohne Gurt auf dem Schoß behalten. Dies sei keine optimale Lösung. Man wünsche sich eine einheitliche Lösung für Kinderrückhaltesysteme in der EU. Die Lufthansa selbst könne keine eigenen Sitze entwickeln, sondern müsse mit der Autoindustrie zusammenarbeiten. Dafür brauche man ein bisschen den „Anschub“ durch eine Verordnung, damit man wisse, wohin das Ganze gehen solle. Es müsse eine konzertierte Aktion geben. Auch Autokindersitze hätten die unterschiedlichsten Systeme. Sie seien aber alle nicht

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

kompatibel mit den Anforderungen im Flugzeug. Das Vorhalten eigener Sitze wird von beiden Vertretern der Luftfahrtgesellschaften eher restriktiv gesehen, weil es ein ganz massiver Kostenfaktor sei. Sie müssten an jeder Station vorgehalten werden. Es gebe keinen Autokindersitz oder Kinderrückhaltesystem, das in jedem Flugzeugtyp passe. Man müsse nach einer Lösung für alle suchen. Die große technische Herausforderung bestünde darin, jede Variante von Flugzeugen und die in diesen Flugzeugen verwendeten Sitzplatztypen zu berücksichtigen. Darüber hinaus seien auch andere Faktoren wie z. B. das Alter des Kindes zu beachten. Neben diesen technischen Problemen gebe es die Frage der Logistik, nämlich Kindersitze am richtigen Flughafen bereitzuhalten.

Herr Wolfgang Göss (Air Berlin) stellte auf Nachfrage klar, dass es nur in einigen Flugzeug- und Bestuhlungsvarianten genügend Raum für Babys zum Rumkrabbeln auf dem Boden gebe. Außerdem sei dies unhygienisch und es bestehe auch eine Unfallgefahr, da sich hier auch die Passagiere und der Servicewagen bewegten. Eltern mit Kindern würden mit Unterstützung der Kabinencrew als erstes boarden. Da der Gang dadurch ein paar Minuten blockiert sein könne, sei es besser, wenn dies etwas weiter hinten in der Kabine erfolge. Gäste mit wenig Handgepäck, wie Geschäftsreisende, habe man lieber vorne.

2.2.3. Stellungnahme der Kinderkommission zum Thema „Kinder und Mobilität“

Als Ergebnis der gewonnenen Erkenntnisse formulierte die Kinderkommission folgende Stellungnahme:

Berlin, 17.4.2008

Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum Thema „Kinder und Mobilität“

Kinder auf Reisen: Sicherheitsstandards und Angebot verbessern!

In einer modernen Gesellschaft nimmt Mobilität auch für Kinder eine zentrale Rolle ein. Durch die vielfältigen Verkehrsangebote sind auch Kinder heute mobiler denn je. Sie nutzen öffentliche Verkehrsmittel auf dem Weg zur Schule, sind Mitfahrer im Auto, verreisen mit der Bahn oder dem Flugzeug.

Wenn Kinder unterwegs sind, müssen immer besondere Umstände bedacht werden: Die mobile Welt präsentiert sich für Kinder aus einem anderen Blickwinkel, sie nehmen den Verkehr und vor allem auch die damit verbundenen Gefahren anders wahr als Erwachsene. Sie benötigen mehr Sicherheit, können sich selbst noch nicht schützen und sind zudem oftmals unbedarfter und unüberlegter.

Eltern und Schulen kommt eine wichtige Vorbildfunktion zu. Von Anfang an müssen Kinder zu Vorsicht, aber auch zu Selbstsicherheit erzogen werden. Dass Kinder andere, komplexere Anforderungen an Verkehrsmittel und Wege stellen, bleibt jedoch noch viel zu oft unberücksichtigt.

Kinder sollten immer und überall auf höchste Sicherheitsstandards und kinderfreundliche Bedingungen treffen - egal ob im Bus, Auto, Flugzeug oder in der Bahn. Um diese Anforderung zu erreichen und die betroffenen Unternehmen auf Missstände aufmerksam zu machen, hat die Kinderkommission des Deutschen Bundestages sich mit der Thematik „Kinder und Mobilität“ befasst.

Die Kinderkommission hat verschiedene Experten aus den Bereichen Straßen-, Schienen- und Flugverkehr eingeladen, durch deren Anhörung sie zu folgenden Erkenntnissen und Ergebnissen kam:

- Mehr als die Hälfte (59 Prozent) der verunglückten Kinder unter sechs Jahren sind Mitfahrer in Personenkraftwagen.
- 66 Prozent der Kinder in Personenkraftwagen sind nicht richtig gesichert.
- Ursächlich für dieses hohe Sicherheitsrisiko ist zumeist Unkenntnis über die richtige Befestigung von Kindersitzen und mangelnde Qualitätsstandards.

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages begrüßt in diesem Zusammenhang die am 8. April 2008 in Kraft getretene europaweite Vorschrift für Kindersitze, nach der Kindersitze ohne die Prüfnorm ECE 44/03 oder 44/04 nicht mehr verwendet werden dürfen. Sitze ohne diese Prüfnorm sind teilweise über 13 Jahre alt und entsprechen nicht dem Stand der Technik. Sie stellen somit ein Sicherheitsrisiko für darin beförderte Kinder dar.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

- Nach einer aktuellen Erhebung des ADAC herrscht in Schulbussen teilweise erheblicher Platzmangel, aufgrund des Zeitdrucks sind Fahrer bisweilen zu schnell unterwegs, ebenso weisen manche Busse erhebliche technische Mängel auf.
- Offizielle Schulbusbegleiter gibt es kaum, selten auch spezielle Schulbuslinien.
- Schulische Verkehrserziehung, die sich nach Empfehlung der KMK an alle Klassenstufen und Schultypen richtet, wird weitgehend nur in der Grundschule durchgeführt.
- Ab Sekundarstufe I, dem Alter, ab dem Kinder zunehmend selbstständig am Verkehr teilnehmen, wird die schulische Verkehrserziehung oftmals vernachlässigt.
- Um Nachhaltigkeit und Reduzierung des Unfallrisikos zu erreichen, bedarf es einer kontinuierlichen Verkehrserziehung vom Kindergarten bis ins Erwachsenenalter.
- Im Bahnverkehr wird kinderfreundliches Reisen zunehmend umgesetzt, ein flächendeckendes Angebot kinderfreundlicher Maßnahmen fehlt jedoch.
- Begleitung alleinreisender Kinder wird mit dem DB-Angebot „Kids on Tour - Betreuung alleinreisender Kinder“ abgedeckt; das Angebot ist jedoch sowohl auf bestimmte Tage wie auch auf sieben Verbindungen beschränkt, zudem ist die Buchung mindestens sieben Werktage im Voraus nötig, auch eine Umbuchung muss sieben Werktage vor dem Abreisetag getätigt werden.
- Rund 5.400 Bahnhöfe in Deutschland sind barrierefrei, d. h. auch mit Kinderwagen zugänglich.
- Alle großen deutschen Fluggesellschaften bieten die Begleitung alleinreisender Kinder an; der sogenannte „Rotkäppchen-Service“ der Lufthansa existiert bereits seit 40 Jahren.
- Mit speziellen Essensangeboten und Spielzeug soll der Aufenthalt der Kinder an Bord so angenehm wie möglich gestaltet werden.
- Punktuell gibt es kinderfreundliche Angebote an deutschen Flughäfen (Kinderlounge, Spielplatz, Ruheräume für werdende Mütter, Spielecken), ein flächendeckendes Angebot ist jedoch nicht die Regel.
- Keine deutsche Airline bietet zurzeit die Möglichkeit an, Kinder mittels eines bereitgestellten Kinder-Rückhaltesystems ausreichend zu sichern.
- Kinder unter zwei Jahren fliegen in der Regel auf dem Schoß der Eltern mit; bei einer Vollbremsung oder sonstiger Turbulenzen ist eine Sicherheit des Kindes nicht gewährleistet.
- Eltern haben die Möglichkeit, Kindersitz oder Babykörbchen selbst mitzubringen, diese müssen jedoch auch so beschaffen sein, dass sie auf Flugzeugsitze montiert werden können.

Deshalb fordert die Kinderkommission:

- die Kultusministerien der Länder auf, Verkehrserziehung auch für Lehrer der weiterführenden Schulen zum Bestandteil der Ausbildung zu machen und der Verkehrserziehung nicht nur in der Grundschule einen großen Stellenwert einzuräumen;

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

- darauf hinzuwirken, dass Verkehrserziehung in Kindertagesstätten und Kindergärten regelmäßig durchgeführt wird, auch mit den praktischen Elementen;
- die Arbeit von Vereinen und Organisationen zu unterstützen, die gezielt Zielgruppeninformation für mehr Verkehrssicherheit betreiben, beispielsweise durch Sicherheitstests von Kindersitzen oder Schulbussen: Schlecht bewertete Produkte werden bei guter Öffentlichkeitsarbeit nicht gekauft;
- im Fahrschulunterricht den Themenblock „Kinder im Auto richtig sichern“ explizit in das Kapitel „Personenbeförderung“ aufzunehmen (Fahrerlaubnisverordnung, Anlage 7 zu § 16 Abs. 2, § 17 Abs. 2 und 3, Kapitel 1.1.2.20) und eine praktische Demonstration mit den Fahrschülern durchzuführen;
- in den Kommunen mehr Geld für die Beförderung von Schülern bereitzustellen, um die Sicherheit der Kinder auf dem Schulweg, aber auch an Haltestellen zu erhöhen und ggf. Begleitpersonen in Schulbussen bereitzustellen;
- bedarfsgerecht spezielle Schulbuslinien einzurichten;
- die Deutsche Bahn auf, Verbindungen auszuweiten, für die das Begleitprogramm „Kids on tour“ angeboten wird sowie mehr Flexibilität bezüglich Reisetagen und Buchungsformalitäten zu gewährleisten;
- die Begleitung alleinreisender Kinder als „Zubringerdienst“ im Nah- und Regionalverkehr zu großen Knotenpunkten zu ermöglichen;
- einen barrierefreien Zugang auf möglichst allen Bahnhöfen zu ermöglichen, vor allem auch im ländlichen Raum;
- der Sicherheit von Kindern muss auch in der Luft oberste Priorität beigemessen werden. Die Kinderkommission fordert die Fluggesellschaften deshalb auf, spezielle Sitze für Kinder zur Verfügung zu stellen;
- finanzielle Überlegungen dürfen - egal ob im Straßen-, Bahn- oder Flugverkehr - nicht zu Lasten der Sicherheit von Kindern gehen.

Miriam Gruß, MdB

2.3. Kinder und Alltag

Auch zu diesem Thema informierte sich die Kinderkommission in einer Reihe von Expertengesprächen, die nachfolgend in Auszügen aufgezeigt werden. Die daraus resultierende Stellungnahme der Kinderkommission konnte in der Vorsitzzeit der Abg. Miriam Gruß nicht mehr verfasst werden.

2.3.1. Gespräch über die „1. World Vision Kinderstudie“ mit Frau Prof. Dr. Sabine Andresen, Universität Bielefeld, und Frau Dr. Silja Joneleit-Oesch, WORLD VISION Germany e. V.

Frau Prof. Dr. Silja Joneleit-Oesch (WORLD VISION Germany e. V.) berichtete, dass World Vision zwischenzeitlich das größte private Kinderhilfswerk der Welt sei. Man habe in den letzten Jahren intern immer mehr erkannt, dass sich die Organisation stärker in die gesellschaftliche Debatte zur Kinderarmut einbringen müsse.

Das Interessante an der Studie sei, dass sie Bestätigungen von ganz unterschiedlichen Seiten erhalten habe: Die einen hätten darauf hingewiesen, dass es für die Kinder also doch gut sei, wenn beide Elternteile arbeiten. Die anderen hätten darauf hingewiesen, dass es die Kinder also doch schätzten, wenn „eine“ den ganzen Tag zu Hause sei.

Sie stellte klar, dass „Schicht“ in der Studie nicht nur anhand der materiellen Ressourcen definiert werde, sondern als eine Mischung aus materiellen Ressourcen und Bildungshintergrund. Man habe festgestellt, dass Kinder ab der 4. Klasse selbstständige und reflektierende Persönlichkeiten seien, die genau begreifen, wenn sie „irgendetwas in irgendeinem Kinderparlament, das nicht ernst gemeint sei, nur legitimieren sollen.“ Das Gleiche gelte für Armut und soziale Herkunft - Kinder verstünden sehr früh, wie wichtig diese seien. Auch Kinder in der 5. Klasse der Hauptschule wüssten ganz genau, dass sie bildungsmäßig nicht viel erreichen könnten. Dieses Ergebnis sei sehr ernüchternd.

Frau Prof. Dr. Sabine Andresen (Universität Bielefeld) erläuterte, dass TNS Infratest München 1.600 Kinder zwischen 8 und 11 Jahren befragt und dazu eine Elternbefragung durchgeführt habe. Das Forschungsdesign lehne sich an die Shell-Jugendstudie an. Da das gesamte Erfahrungs- und Lebensspektrum der Kinder befragt werden sollte, sei ein großer Familienanteil zustande gekommen.

Ein zentrales Ergebnis sei, dass sich die soziale Herkunft der Kinder ganz gravierend durchschlage im Hinblick auf ihre Selbsteinschätzung ihrer Leistungen in der Schule und ihrer Möglichkeiten für eine weiterführende Schule sowie auf ihre Freizeitgestaltung. 13 Prozent der befragten Kinder lebten in sog. prekären Verhältnissen. Das schlage sich durchgängig in der Erfahrungs- und Erlebniswelt der Kinder nieder.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

Zu der Frage: „Hast Du das Gefühl, dass Deine Eltern genug Zeit für Dich haben?“ sei herausgekommen, dass die Kinder kein Defizit empfänden, wenn beide Elternteile berufstätig sind. Es seien vielmehr die Kinder von arbeitslosen Eltern oder alleinerziehenden Elternteilen, die den Eindruck hätten, dass ihre Eltern zu wenig Zeit für sie hätten.

Hinsichtlich der Freizeitaktivitäten habe man die Kinder in drei Gruppen unterteilt. 50 Prozent der Kinder habe man als „normale Freizeitler“ bezeichnet. Diese Gruppe mache alles: Radfahren, sich mit Freunden treffen, fernsehen und lesen. Ein Viertel aller befragten Kinder seien die sog. „vielseitigen Freizeitler“. Diese Gruppe werde zu 80 Prozent von Mädchen - insbesondere aus der Oberschicht - dominiert. Diese nutzten kreative Freizeitangebote, trieben Sport und würden sehr viel lesen und sich mit Freunden treffen. Sie hätten also ein Anregungsumfeld, das sich sehr positiv auf die Anforderungen in der Schule auswirke. Demgegenüber stünde das weitere Viertel der sog. „Medienkonsumenten“ ganz anders da. Da dominierten die Jungen, die mehr als zwei Stunden am Tag fernsehen. Diese würden zwar auch Sport treiben und sich mit Freunden treffen - aber das Fernsehen stehe eindeutig im Mittelpunkt. Man wisse ja, dass gerade ein erhöhter Fernsehkonsum mit zu den Problemen bei den schulischen Leistungen beitrage. Es seien vor allem die Jungen aus der Unterschicht - d. h. Geschlecht gekoppelt mit Herkunft.

60 Prozent der Kinder sagten: „Wir fühlen uns wohl in der Familie, in der Schule und mit unseren Freunden.“ Das Gefühl des Wohlbefindens sei verbunden mit der Frage: „Wer nimmt uns als Persönlichkeit ernst?“ Da schneide die Mutter am besten ab. Danach komme der Vater. Dann komme lange nichts. Dann kämen die Freunde. Nur ein Viertel der Kinder glaube, dass der Klassenlehrer Wert auf ihre Meinung lege. Die Politiker schnitten am schlechtesten ab. Kinder hätten nicht den Eindruck, dass sie in sie angehende Entscheidungsprozesse einbezogen würden. Die Beteiligung von Kindern an Politik müsste viel konsequenter durchgeführt werden. Man finde immer Hinweise darauf, dass sich Mädchen in der Schule und im Elternhaus „wohler fühlen“. Dies gelte auch für ihre Zufriedenheit mit den Freiheiten, die ihnen gewährt werden. Dies werde schichtunabhängig deutlich. Demgegenüber entwickelten die Jungen aus der Unterschicht ein Freizeitverhalten und ein Selbstverständnis, die es ihnen schwer mache, in der Schule erfolgreich zu sein.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

Auf die Frage „Wovor hast Du Angst?“ antworteten Kinder, deren Eltern mindestens drei Monate arbeitslos waren, geschlechtsunabhängig, dass Arbeitslosigkeit ihre größte Angst sei.

Für die Kinder sei eine kontinuierliche und stabile Erwerbsbeteiligung beider Eltern ganz zentral für ihr Wohlbefinden in der Familie, in der Schule und in der Freizeit. Es zeige sich, dass erwerbstätige Eltern ihren Familienalltag strukturierten. Dadurch gäben sie den Kindern auch eine Orientierung. Aus diesem Ergebnis folge u. a. die Handlungsempfehlung, dass die Familie ganz umfassend unterstützt werden müsse. Wichtig seien Ganztagschulen, frühe Kinderbetreuung und weitere Beratungsangebote für Eltern. Da sei die Politik gefragt. Die Wissenschaft staune manchmal darüber, dass die Politik Erkenntnisse ignoriere und die einfachsten Erkenntnisse wenig Eingang in die Bildungspolitik fänden. Kinder seien kompetente Akteure, die ihre Lebenssituation und die ihrer Eltern und Mitschüler sehr gut einschätzen könnten. Man solle sie daher nicht für Pseudoentscheidungen benutzen, sondern sie konsequent in ihre Lebensbereiche einbinden. Gerade auf kommunaler Ebene sollte nicht aus Zeit- und Ressourcemangel von der Einbindung von Kindern Abstand genommen werden. 60 Prozent der Kinder artikulierten, dass ihr Vater zu wenig Zeit für sie habe. Sie wünschten sich einen aktiveren, engagierteren Vater. Das sei ein ganz wichtiger Hinweis aus Kindersicht auf das Arrangement von Familie und Erwerbszeit und auf politische Strategien. Es habe die große Debatte um die zwei zusätzlichen Monate der Väterzeit gegeben. In den Augen der Kinder nehme man ihnen viel, wenn die Väter keine Gelegenheit haben, Zeit mit ihnen zu verbringen. Die ausschließliche Orientierung am Arbeitsleben bringe ein Problem für die Familienorganisation mit sich, solange die Familie nicht in ein „Dorf“ eingebettet sei, das viele Aufgaben übernehme und Kinder und Familien unterstütze.

2.3.2. Gespräch zu den Ergebnissen des LBS-Kinderbarometers 2007 mit Herrn Prof. Dr. Dr. Dr. Wassilios E. Fthenakis, Professor für Entwicklungspsychologie und Anthropologie an der Freien Universität Bozen, Fakultät für Bildungswissenschaften

Herr Prof. Dr. Dr. Dr. Wassilios E. Fthenakis (Freie Universität Bozen) stellte fest, dass ihn diese zweite Analyse nach 1995 vor allem im Bildungsbereich ziemlich ent-

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

täuscht habe. Es sei nun sehr wichtig, die kindliche Perspektive - die am meisten vernachlässigte Perspektive in den politischen Diskursen - stärker in die gegenwärtige Politik einzubeziehen. So habe man beispielsweise die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie aus der Perspektive der Frauen und verstärkt aus der Sicht der Väter diskutiert, jedoch noch nicht konsequent aus der Perspektive der Kinder. Kinder- und Elternperspektive klafften vor allem in Stresssituationen aber auseinander. Es sei nicht zulässig, die kindliche Perspektive über Aussagen der beteiligten Erwachsenen herauszuarbeiten.

Die fachliche Zielsetzung des Kinderbarometers sei, Daten für eine Auskunft über den Lebensraum von Kindern direkt aus der Perspektive des Kindes zu gewinnen. Insgesamt seien 6.194 Kinder befragt worden. Die Auswahl, die Rekrutierung der Stichproben und die Befragung seien schriftlich über die Schulen erfolgt. Die Altersverteilung erstreckte sich von neun bis etwa 14 Jahren. Etwa 20 Prozent der Kinder hätten einen Migrationshintergrund. Die Daten dürften repräsentativ sein. Das Kinderbarometer sei 2006 mit der Intention auf sieben Bundesländer ausgeweitet worden, die kindliche Perspektive zu beachten und Wege für eine stärkere Beteiligung der Kinder in eigener Sache zu eröffnen. Im Kinderbarometer gebe es drei Perspektiven: Die Interventionsperspektive - wenn man wisse, welche Faktoren das kindliche Befinden negativ beeinflussen, könne man diese Informationen nutzen, um Interventionsmaßnahmen einzuleiten. Die Beteiligungsperspektive - wie sei die Haltung der Kinder zu aktuellen gesellschaftlichen Fragestellungen? Die Entwicklungsperspektive - wie veränderten sich die Lebensbedingungen, die Einschätzungen der Kinder über die Jahre?

Wenn man Prognosen über Kinder treffen wolle, greife man verstärkt auf subjektive Werte zurück. Es scheine so, als ob objektive Werte nicht so zuverlässig etwas über Wohlbefinden und psychische Gesundheit auszusagen könnten. Das Wohlbefinden der Kinder sei in einem relativ guten Zustand. Aber im Freundeskreis fühlten sich die Kinder viel wohler als etwa in der Familie oder in der Schule. Über alle Daten hinweg könne man generell sagen, dass ein Drittel der Kinder belastet sei. Negativ zum Wohlbefinden korreliere das Krankheitsempfinden, die Arbeitslosigkeit der Eltern und ungesunde Ernährung. Bei der Beobachtung der psychosomatischen Symptome zeige sich, dass sich die Reaktionsmuster auf Stresssituationen bereits sehr früh etab-

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

lierten. Man müsse diesen also sehr früh Aufmerksamkeit schenken. Ein Problem der Kinder sei auch die subjektive Bewertung ihres Gewichts. Er fordere zu einer Initiative auf, dieses enge Verständnis von Gesundheit zu überwinden. So habe er im bayerischen und hessischen Bildungsplan die Stärkung der Übernahme der Verantwortung für die eigene Gesundheit als eine Bildungsdimension aufgenommen. Ihn habe überrascht, dass ein Drittel der Kinder gar keinen Sport treibe. Es gebe keinen zuverlässigeren Weg, als hier etwa über Bildungsinstitutionen und Sportvereine zu tun. Die Jungen ernährten sich deutlich ungesünder als die Mädchen. In diesem Zusammenhang wolle er die Aufmerksamkeit auf starke geschlechtsspezifische Differenzen zwischen Mädchen und Jungen lenken. Es gebe eine starke soziale Konstruktion der Geschlechter, die über die Bildungssysteme noch einmal verstärkt würde. Moderne Bildungssysteme überwinden diese soziale Konstruktion und befähigten die Kinder, individuelle Entwürfe zu entwickeln und zu lernen, diese nicht nur zu gestalten, sondern auch zu verantworten.

Der Schutz vor Gewalt stünde an erster Stelle bei den eingeforderten Rechten. Das Recht auf Kontakt zu beiden Elternteilen werde von Scheidungskindern vorrangig eingefordert. Bei den türkischen Kindern habe man die Religionsfreiheit als einen dominanten Wert entdeckt. Ihn habe der Befund, dass sich jedes fünfte Kind über die Beschädigung seines Selbstwertgefühls beschwere, sehr betroffen gemacht.

Die 16 Bundesländer negierten Medienkompetenz als Bestandteil moderner Bildung. Die internationale Literatur lege eine sehr differenzierte Stellungnahme zu den Medien nahe. Er selbst stimme nicht mit der Auffassung überein, dass die Medien negative Auswirkungen auf die Kinder haben. Die Bildung könne sich nicht indifferent verhalten, sondern müsse aus den Kindern kompetente User von Medien machen.

Aus der Befragung nach den fünf wichtigsten Werten ergebe sich, dass die neue Generation soziale Verantwortung übernehmen und mitgestalten wolle. Die alten, auf Konformität angelegten Werte, seien bei den Kindern allerdings nicht sehr vertreten. Das heiße aber nicht, dass sie diese Werte infrage stellten, sondern dass sie eine Neuordnung des Wertsystems vorgenommen hätten. Die neue Generation bejahe viele Werte, auf denen man gut aufbauen könne. Man müsse sie nur erkennen und nutzen und dürfe nicht aufgrund von Einzelereignissen pauschalisieren.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

Bei den Fragen zu den Zukunftsentwürfen stünden die Antworten „einen guten Beruf haben“ und „für die eigenen Kinder da sein“ ganz oben. Die Wünsche, die Träume und Visionen seien ganz ausgezeichnet - das Problem sei, dass sie keine Chance hätten, in diesem System umgesetzt zu werden.

Bei den Ängsten stünden an erster Stelle die Versagensängste in der Schule. Bayern sei hier mit 39 Prozent am stärksten vertreten. In den anderen Ländern bewege es sich im Bereich von einem Drittel.

Die Häufigkeit, mit der Kinder Opfer und Täter seien, hänge zusammen - man gebe das zurück, was man empfangt. Sowohl Opfer als auch Täter zu sein, zeige negative Zusammenhänge zum Wohlbefinden der Kinder in der Schule. Mehr als ein Drittel der Kinder seien in der Schule Opfer eines Diebstahls geworden - da müsse man sehr scharf über den Sinn dieser Institution nachdenken.

Die Studie sei nicht so angelegt, Erklärungsansätze für die Ergebnisse zu liefern. Um diese zu interpretieren, benötige man einen völlig anderen Typ von Studie.

Das Bildungssystem in Deutschland sei wie ein Hochhaus organisiert, das von unterschiedlichen Architekten gebaut worden sei: Jeder Architekt habe sich in seinem Stockwerk selbst verwirklicht und alle miteinander hätten vergessen, die Treppen zwischen den Stockwerken zu bauen. So habe man im Kindergartenbereich ein aktives Kind, das sich selbst über Selbstbildungsprozesse vorwärts bringe. Die Betreuungsperson habe im Wesentlichen die Aufgabe zu beobachten. In der Schule verändere sich diese theoretische Grundlage ins Gegenteil: Nicht das Kind sei aktiv, sondern die Lehrerin. Es werde von außen bestimmt, was Bildung ist und die Lehrerin vermittele dann diesen Stoff. Dieser Befund habe ihn bewogen, die Bildungsphilosophien in Bayern und Hessen total zu verändern. Er habe ein interaktionistisches Modell eingeführt. Dieses besage, dass Bildung zwar individuell verankert sei, aber sozial über Akteure konstruiert werde. Einer dieser Akteure sei das Kind selbst. Die Fachkraft werde aufgefordert, den Bildungsprozess mit dem Kind auf gleicher Augenhöhe zu organisieren. Dieses Modell eröffne genuin die Möglichkeit der Partizipation, der Mitwirkung und der Mitgestaltung. Die bisherige Philosophie im Bildungssystem sei alles andere als geeignet, dem Kind den Status eines Subjekts einzuräumen. Um im Bildungsverlauf überhaupt etwas zu verändern, müsse es als kompetenter

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

Mitgestalter seiner eigenen Bildung und Entwicklung betrachtet werden. Dieses Modell wende man im Verhältnis von Grundschule und Kindergarten zum Elternhaus an.

Das Bildungssystem habe bis jetzt ein gestörtes Verhältnis zur Differenzierung, zur Vielfalt gehabt. Wenn diese überhaupt erkannt worden seien, dann habe es gegolten, sie zu ignorieren oder zu beseitigen. Das sei ein typischer Fall der Verhinderungsmächte des Systems. Jetzt gehe man davon aus, dass die Vielfalt die normale menschliche Erfahrung sei. In diese Normalisierungshypothese bette man alle Ebenen von Differenzen ein: altersspezifische und geschlechtsspezifische Differenzen sowie Differenzen, die einen kulturellen oder sozialen Hintergrund haben oder über individuelle Charakteristika bedingt werden. Diese Philosophie gehe davon aus, dass jedes Kind Stärken habe, die es zu identifizieren gelte. In den Bildungssystemen von Schweden und Neuseeland werde beispielsweise mit Diversität völlig anders umgegangen. Dieser Umgang werde von der Einsicht getragen, dass zwei Kinder mit unterschiedlichen Kompetenzen bei einer gemeinsamen Aufgabenlösung mehr erreichen als jedes Kind allein. Mit dem daraus entwickelten Handlungsmodell werde nicht nur individuelle, sondern auch mehr soziale Gerechtigkeit erreicht.

In Deutschland neige man zur rechtlichen Absicherung und institutionellen Einbettung. Einflussnahme und Steuerung über Rechtsordnungen oder institutionelle Lenkung verlören aber immer mehr an Bedeutung. So sei ein Aspekt der Modernität im Bildungssystem darauf zurückzuführen, dass sich die Individuen zunehmend nicht von außen steuern lassen: Weder soziale Kontrolle noch Gesetze noch die Kirchen steuerten die Individuen. Aus seiner Sicht sei eine Steuerung nur über die individuelle Konstruktion des eigenen Entwurfs möglich. Hier könne nur Bildung helfen, die die Kinder von Anfang an dazu befähige, solche Orientierungsprozesse kompetent und in sozialer Verantwortung zu übernehmen.

2.3.3. Gespräch zum Thema „Alltag von armen Kindern in Deutschland“ mit Herrn Kai-Uwe Lindloff, 1. Vorsitzender des Vereins „Die Arche“ in Berlin

Herr Kai-Uwe Lindloff („Die Arche“) erklärte, dass es von Anfang an die Aufgabe der Arche gewesen sei, sich um Kinder aus sozial benachteiligten Familien zu kümmern.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

Mittlerweile gebe es die Arche nicht nur in Berlin, sondern auch in München und Hamburg. Das Grundproblem sei, dass immer mehr Kinder vielfach sehr stark vernachlässigt würden - Vernachlässigung nicht nur im körperlichen Sinne, sondern ebenso hinsichtlich ihrer Entwicklung und ihres gesunden Heranwachsens. Das hänge sehr oft mit dem sozialen Status zusammen. In Berlin kämen die Kinder vielfach aus „Familien“, in denen die Grundstruktur einer Familie so nicht mehr existiere - das seien „Bedarfsgemeinschaften“, die für einen bestimmten zeitlichen Abschnitt zusammenlebten und dann wieder auseinander gingen. Den Kindern fehlen dadurch ganz oft dauerhafte Bezugspersonen - Personen, zu denen sie eine Beziehung aufbauen könnten, von denen sie wissen, dass sie Verantwortung übernehmen.

Insgesamt erlebe man eine Verschlechterung der Situation für Kinder in Deutschland. Allein im Bildungsbereich könne anhand verschiedener Studien belegt werden, dass es am Ende der Grundschulzeit stark vom Status der Eltern abhängt, ob eine nächsthöhere Schule besucht wird. 2007 seien 4,5 Milliarden Euro für Nachhilfe ausgegeben worden. In den alten Bundesländern erhielten 25 Prozent der Kinder Nachhilfe, in den neuen Bundesländern seien es nur 11 Prozent. Als Grund hierfür werde das Fehlen der finanziellen Mittel angegeben. Die Kinder hätten aber nicht nur materielle Probleme, sondern müssten auch auf menschlicher und emotionaler Ebene sehr viel Benachteiligung erfahren. Zum einen aufgrund der Situation zu Hause.

Zum andern aber auch aufgrund der Ausgrenzung durch die Gesellschaft - allein dadurch, dass sie sich in der Unterschicht bewegten. Das Thema sei also auch: „Wie gehen wir alle zusammen mit diesen benachteiligten Kindern um?“ Im Bildungsbereich, im kulturellen Bereich bekämen diese Kinder kaum mehr eine Förderung. Ihr Alltag sei davon geprägt, sich um existenzielle Dinge selbst kümmern zu müssen. Diese Kinder seien vielfach nicht mehr Kinder. Sie trügen bereits die Probleme der Erwachsenenwelt mit sich und versuchten, hierfür Lösungen zu finden. Ihre Möglichkeiten hierfür seien natürlich sehr beschränkt.

Nach den Zahlen des Senats lebten in Berlin 38 Prozent der 0 bis 8-jährigen Kinder von Sozialleistungen. Da das Einkommen mitbestimmend für Bildung sei, ergebe sich daraus für die Kinder eine ziemlich negative Situation, wenn hier nicht in irgendeiner Form gegengesteuert werde. Die Arche versuche, den Kindern einen Nachmittag mit kostenfreier Hausaufgaben- und Nachhilfe, kostenfreiem Mittagessen und

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

sonstigen kostenfreien Leistungen zu bieten. Es gehe um eine sinnvolle Nachmittagsgestaltung. Man bemühe sich, den Kindern zunächst eine gewisse Form von Disziplin beizubringen, die sie vom Elternhaus nicht mehr erhielten. Die Arche begegne ihnen als Partner, der ihnen auch wirklich zur Verfügung stehe. Man wolle nicht, dass die Kinder aus ihren Familien herausgenommen werden. Mit dem Leistungspaket der Arche werde die Struktur einer Familie ergänzt und weitergeführt. Dadurch erhalte man die sehr interessante Situation, dass die Kinder in ihre Familien zurückgingen und ihre Familien motivierten.

In der Arche sei man der Auffassung, dass eine Erhöhung der Geldleistungen unter Umständen nicht sinnvoll wäre, da das Geld nicht bei den Kindern ankomme. Notwendig sei die Zusammenarbeit mit Institutionen wie „Die Arche“, denen diese Mittel für die Familie zur Verfügung gestellt werden, um sie den Kindern zukommen zu lassen. Damit könnte den Kindern in praktischen und alltäglichen Dingen oder im schulischen Bereich geholfen werden.

Bei der schulischen Ausbildung bestehe ganz dringender Handlungsbedarf für andere und neue Wege, um diesen Kindern Bildung zukommen zu lassen. Die Arche habe inzwischen in freier Trägerschaft eine eigene Schule eröffnet. Sie habe hierfür einen Sozialfonds gegründet, in den Unternehmen Geld einzahlen können. Dieses Projekt laufe sehr erfolgreich.

Die meisten Kinder würden derzeit in diese soziale Benachteiligung hineingeboren. Die Zahl der Kinder mit diesen nachhaltigen Problemen nehme also zu. Nach den offiziellen Zahlen seien es allein in Berlin weit über 200.000 Kinder, die Hilfe bräuchten. Wenn diesen Kindern in den nächsten zehn Jahren nicht geholfen werde, dann würden sie der Gesellschaft auch nicht zur Verfügung stehen. Nach den Zahlen der Bundesagentur für Arbeit vom März 2007 lebten 1,93 Millionen Kinder in Deutschland von Sozialleistungen. Das sei ein enormes Potential an Kreativität und Begabung, das der Gesellschaft verlorengelasse.

Die Arche erreiche die Eltern über die Kinder. Das, was die Arche den Kindern an Wissen, an Möglichkeiten, an Handlungsformen und an Umgangsformen vermittele, transportierten die Kinder zurück in ihre Familien. Darüber hinaus gebe es eine mobile Familienbetreuung, die die Familien zuhause besuche. Für die Arche-Mitarbeiter sei dies natürlich einfacher als für die Amts-Mitarbeiter, die zur Kontrolle kämen. Die

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

Arche komme demgegenüber mit Hilfestellung. Das öffne die Türen, so dass sich die Mitarbeiter die Situation zuhause anschauen und ggf. mit den Eltern die Situation nachhaltig verändern könnten. Das sei allerdings ein sehr langwieriger Prozess.

Die Situation werde deshalb für die Kinder schlechter, weil sich nichts ändere. Die Gesellschaft müsse sich jetzt um die Kinder kümmern und nicht erst in ein paar Jahren. Denn bis dahin gebe es eine Verschärfung der Situation, die die Gesellschaft dann wiederum vor neue Herausforderungen stellen werde. Der allgemeine Gesundheitsstatus - insbesondere auch die Versorgung der Zähne - sei katastrophal. Dies werde auch für die Folgekosten gelten.

Er würde sich freuen, wenn sich die Politik mehr in die Richtung der praxisbezogenen Ebene bewegen würde, indem sie frage, wo es gemeinsame Berührungspunkte gebe. Die Arche kooperiere mit Unternehmen, die Mittel zur Verfügung stellten, weil sie erkannt hätten, dass die Kinder Gegenwart und Zukunft sind. Er könne sich sogar vorstellen, soziale Leistungen zum Teil zu privatisieren. Man könne Wege finden, aus dem Unternehmensgedanken politisch und gesellschaftlich Mittel freizusetzen. Die Arche habe derzeit einen finanziellen Aufwand von 2,5 Millionen Euro im Jahr und versorge damit 1.000 Kinder täglich.

2.3.4. Gespräch zum Thema „Gefährliches Kinderspielzeug: Standards, Importe, Alltagsprodukte“ mit Frau Dr. Stefanie Märzheuser, Präsidentin der Arbeitsgemeinschaft „Mehr Sicherheit für Kinder e. V.“, und Frau Martina Abel, Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft „Mehr Sicherheit für Kinder e. V.“

Frau Martina Abel (Arbeitsgemeinschaft „Mehr Sicherheit für Kinder e. V.“) berichtete, dass es im Bereich Verkehr und Betreuungseinrichtungen schon viele Maßnahmen zur Reduzierung der Kinderunfälle gebe, große Lücken gebe es aber im Bereich der Heim- und Freizeitunfälle. Von Produkten ausgehende Unfallrisiken seien insbesondere die Risiken durch das Verschlucken von Kleinteilen, durch spitze und scharfe Gegenstände, durch Entflammbarkeit und durch Stürze. Nach den Statistiken seien bei 40 Prozent aller Unfälle in irgendeiner Weise Produkte beteiligt. Das müsse nicht heißen, dass diese Produkte fehlerhaft seien oder von ihnen Gefährdungen ausgingen. Es könne auch einfach der falsche oder nicht entwicklungsgerechte

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

Gebrauch sein. Jedes Jahr gebe es 1,6 Millionen Unfälle mit Kindern, die zu medizinischen Behandlungen führten. Das seien nicht nur die kleinen Schnittwunden, sondern Unfälle, bei denen die Eltern mit ihrem Kind zum Arzt oder ins Krankenhaus gehen müssten. Überraschenderweise sei nicht der Verkehr der Hauptunfallbereich, sondern Heim und Freizeit. Zuhause, im Hof, im Garten oder vor der Garage gebe es etwa 200.000 Unfälle pro Jahr. 47 Prozent der Kinder seien unter sechs Jahren. Die kleinen Kinder seien die Hauptrisikogruppe, besonders die ganz Kleinen von 0 bis 1 Jahren wiesen steigende Krankenhauszahlen auf. Unfälle seien der zweithäufigste Grund für kindliche stationäre Aufenthalte im Krankenhaus. Ein Viertel der Todesfälle - 383 im Jahr 2005 - könnte man verhindern. Bei den nichttödlichen Unfällen könnte man etwa 60 Prozent verhindern. Es gebe also gute Erfolgsaussichten, aber die Lobby sei nicht allzu groß. Unfälle seien ein ressortübergreifendes Thema und das gestalte die Sache recht schwierig.

Zur Erhöhung der Kindersicherheit gebe es zum einen erzieherische Maßnahmen. So könnten Gefahrenbewusstsein, Risikokompetenz und motorische Fähigkeiten zur Senkung des Unfallrisikos beitragen. Der familiäre Kontext sei auch sehr wichtig: die elterliche Kompetenz, die Sensibilität der Eltern, ihre Fähigkeit zur Beaufsichtigung der Kinder, ihr Wissen über Gefahrensituationen und über Sicherheitsprodukte. Auch das Versorgungssystem spiele eine Rolle: die Betreuungseinrichtungen, die Gesundheitsversorgung und die Präventionsangebote vor Ort.

Zum anderen könne man die technische Sicherheit verbessern. Die Gesetzgebung bilde die Voraussetzung für die Einhaltung bestimmter Regeln, wie Produkte auf den Markt gebracht werden. Im Sommer 2007 hätten Rückrufaktionen alle beschäftigt. Es sei um Zollkontrollen, Marktüberwachung, aber auch um die Frage gegangen, ob die Normen - z. B. die Spielzeugrichtlinien - verschärft werden müssten. Auch die Frage zu den Kennzeichnungen und zu den Sicherheitszeichen sei aufgekommen. Das gelte auch für die Frage, wie die Meldesysteme eigentlich genutzt würden. Durch die Rückrufaktionen sei somit ein wichtiger Impuls entstanden. Die in diesem Zusammenhang bestehenden Gefährdungen dürfe man allerdings nicht überbewerten. Im europäischen Schnellwarnsystem, in das gefährliche Produkte eingestellt werden können, entfielen die meisten Meldungen in den Jahren 2006 und 2007 auf Spielzeuge. Eine Stichprobe habe ergeben, dass 30 Prozent der 181 befragten Verbrau-

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

cher in ihrem Haushalt negative Erfahrung mit Kinderprodukten gemacht hätten. Auch würden 23 Prozent überhaupt kein Gütesiegel kenne. Als Reaktion auf diese Ergebnisse habe die Arbeitsgemeinschaft eine Verbraucherbrochure herausgebracht, die aufkläre und Tipps gebe.

Derzeit befinde sich die Spielzeugrichtlinie auf der europäischen Ebene in der achten Novelle. Die Kennzeichnungen würden verschärft und es gebe bessere Warnhinweise. Spielzeuge und Lebensmittel müssten stärker getrennt werden. Die Marktaufsicht werde verstärkt werden. Es sei dann nicht mehr nur der Hersteller verpflichtet, für die Sicherheit zu sorgen, sondern auch der Importeur. Die Arbeitsgemeinschaft hoffe, dass sich die Richtlinie noch verbessere. Man werde weiterhin die Debatte um die Kennzeichnung in den europäischen Gremien verfolgen. Die Arbeitsgemeinschaft wolle erreichen, dass das deutsche, sehr hochwertige Qualitätszeichen für geprüfte Sicherheit in Deutschland erhalten und möglichst in ganz Europa eingesetzt wird.

Frau Dr. Stefanie Märzheuser (Arbeitsgemeinschaft „Mehr Sicherheit für Kinder e. V.“) erläuterte, dass das Unfallrisiko von Kindern altersabhängig sei. Bei der Altersgruppe der Schulkinder stünden die Verkehrsunfälle oder die Freizeitunfälle im Vordergrund. Bei kleinen Kindern seien es die häuslichen Unfälle. Bei Kleinkindern falle ihr als erstes die „Lauflehnhilfe“ ein - diese sollte verboten werden. In Kanada sei sie bereits verboten. Die Kinder lernten damit nicht besser und schneller, sondern schlechter und später laufen und entwickelten auch falsche Bewegungsabläufe. Kinder erlitten mit der Lauflehnhilfe Unfälle, die sie sonst nicht erleiden würden. Unsichere Produkte seien aber auch Grillbeschleuniger und Erdnüsse.

Bei den Schulkindern sei der Fahrradunfall ein wesentlicher Unfallmechanismus und eine der häufigsten Ursachen für ein Schädel-Hirn-Trauma. Diese Kopfverletzung könne sehr einfach verhindert werden - durch einen Helm. Eine allgemeine Fahrradhelmpflicht von „0 bis 120“ sei zwar keine populäre, aber eine sinnvolle Forderung. In den fünf Bundesländern Kanadas, in denen eine gesetzliche Fahrradhelmpflicht eingeführt worden sei, gebe es 45 Prozent weniger Kopfverletzungen.

Typische Unfälle mit Produkten passierten gerade bei den ganz Kleinen - sie müsse als Ärztin in der Charité immer wieder irgendwelche kleinen Teile aus Lungen fischen. Kinder verschluckten auch Knopfzellen und Magnete. Diese Komplikatio-

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

nen könnten nicht allein durch gesetzliche Regelungen verhindert werden - die Eltern müssten die Gefahren einfach kennen.

Es gebe auch regionale Prioritäten. So sei „der“ Berliner Unfall der Hochbettsturz. Bei Berliner Schulkindern über sechs Jahren sei der Hochbettsturz die häufigste Ursache für ein Schädel-Hirn-Trauma. In der DIN-Norm stehe aber, dass Kinder ab sechs Jahren sicher im Hochbett schlafen könnten - diese DIN-Norm sei falsch und müsse korrigiert werden. Auf dem Lande stünden demgegenüber Vergiftungen und Verätzungen durch Melkmaschinenreiniger im Vordergrund.

Für einen Chirurgen in der Rettungsstelle sei es sehr schwierig zu entscheiden, ob eine Misshandlung oder ein Unfall vorliegt. An der Verletzung selbst könne man es nur in sehr wenigen Fällen festmachen. Das Entscheidende sei die Glaubhaftigkeit der Anamnese: „Was erzählen die Eltern und kann man ihnen glauben?“

Wichtig für die Unfallprävention sei neben der Aufklärung die Gesetzgebung. Seit Einführung der Anschnallpflicht im Auto gebe es 20 Prozent weniger Unfalltote und 30 Prozent weniger Schwerverletzte. Neben der Fahrradhelmpflicht sollte es eine Pflicht für Rauchmelder in den Wohnungen geben. Verpackungen seien auch nicht immer so kindersicher wie angepriesen. Sogenannte Kindersicherheitsverschlüsse würden ausleiern. In der Bauordnung sollte verankert werden, dass Sicherheitsprodukte wie Treppenschutzgitter und Fensterriegel sehr hilfreich in der Unfallprävention sind.

Zum Abschluss dieses Gesprächs sagte die Kinderkommission ihre Teilnahme an der Aktion „Kinder klingeln“ am 10. Juni 2008 zu. Die Kommission setzte sich dafür ein, dass diese Veranstaltung vor dem Reichstag stattfinden konnte.

2.3.5. Aktion der Kinderkommission zum Thema „Schwere Schulranzen“

Anlässlich des Schwerpunktes „Schwere Schulranzen“ führte die Kommission am 13. März 2008 eine Aufklärungs-Aktion an einer Berliner Schule durch. In Gesprächen mit Kindern und Lehrern erläuterten die Kommissionsmitglieder die Problematik zu schwerer Schulranzen und verteilten Faltblätter mit Tipps und Informationen für Schüler, Eltern und Lehrer. Stichprobenartig wurden außerdem die Ranzen der

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

Schüler gewogen. Das Ergebnis war, dass einige der Kinder im Verhältnis zu ihrem Körpergewicht einen zu schweren Schulranzen trugen.

Dieses Falblatt wurde verteilt:



DEUTSCHER BUNDESTAG

Kommission
zur Wahrnehmung der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

**„So packe ich den Ranzen richtig!“
Hinweise für Schüler, Eltern und Lehrer
zum korrekten Packen des Schulranzens**

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages möchte mit diesem Merkblatt auf die gesundheitlichen Risiken zu schwerer Schulranzen aufmerksam machen. Bereits heute klagen 54 % der Schulkinder über Rückenschmerzen, die auf das Tragen des Schulranzens zurückzuführen sind



1. Hinweise für Schülerinnen und Schüler

Vorbereitung:

- Es soll nur das eingepackt werden, was wirklich mit muss: Pausenbrot, Getränk, Federmäppchen, Hefte, Bücher.
- Nur Bücher und Hefte für die Fächer einpacken, die am nächsten Tag auf dem Stundenplan stehen.
- Absprachen mit dem Banknachbarn treffen, um Bücher zu teilen.

Richtig packen:

- Schwere Gewichte, wie große Bücher, gehören ins hintere Fach, also möglichst nah an den Rücken. So wird das Gewicht des Ranzens nah am Körper getragen. Das entlastet den Rücken!
- Leichte Gegenstände gehören nach vorn.

Richtig tragen:

- Den Schulranzen unbedingt auf dem Rücken tragen! Der Tragegriff ist nur zum Auf- und Abnehmen und zum Aufhängen der Tasche gedacht.
- Die Tragegurte müssen straff angezogen sein. So liegt der Ranzen an beiden Schulterblättern an.

2. Hinweise für die Eltern

Üben Sie mit Ihrem Kind das richtige Packen und prüfen Sie regelmäßig gemeinsam den Ranzen auf unnötigen Ballast.

Achten Sie auf den richtigen Sitz des Ranzens:

- Der Ranzen muss eng am Rücken sitzen.
- Die Oberkante des Ranzens muss mit der Schulterhöhe eine Linie bilden.

Der richtige Schulranzen:

- Kaufen Sie für die Grundschulzeit keinen Schulrucksack, sondern einen festen Ranzen. Rucksäcke als Schultaschen sind ungeeignet: Es fehlt die nötige Stabilität sowie eine ausreichende Rückenpolsterung, der Rucksack wird deswegen meist viel zu tief getragen. Unabhängig vom Gewicht führt das seitliche Schleppen bei jungen Menschen zu einer gefährlichen seitlichen Krümmung der noch weichen Wirbelsäule.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

- Achten Sie beim Ranzen auf ein leichtes Eigengewicht und auf eine stabile Rückenfront sowie einen stabilen Boden. Die Trageriemen müssen leicht verstellbar und gepolstert sein.

3. Hinweise für Lehrer und Schulen

- Verbleib von Materialien im Klassenraum/ in der Schule ermöglichen.
- Ankündigung, welche Materialien am nächsten Tag benötigt werden.
- Schüler zum Teilen von Büchern animieren und bei der Organisation unterstützen.
- Anschaffung eines Zweitbüchersatzes in Erwägung ziehen.
- Vermehrt Doppelstunden auf Stundenplan vorsehen.

4. Das richtige Gewicht

Wie schwer sollte ein Schulranzen eigentlich sein?

Das ideale Ranzengewicht beträgt 10-15 % des Körpergewichts eines Kindes. Schon ab 15 % können gesundheitliche Probleme und bleibende Schäden auftreten!

Körpergewicht:	Ranzen - Höchstgewicht:
18 bis 23 kg	2,2 bis 2,8 kg
24 bis 28 kg	2,9 bis 3,4 kg
29 bis 33 kg	3,5 bis 4,0 kg
34 bis 38 kg	4,1 bis 4,6 kg
39 bis 43 kg	4,7 bis 5,2 kg
44 bis 48 kg	5,3 bis 5,8 kg
49 bis 53 kg	5,9 bis 6,4 kg
54 bis 58 kg	6,5 bis 7,0 kg

3. Weitere Beratungsthemen

3.1. Kinderrechte in die Verfassung

Die Aufnahme der Kinderrechte in die Verfassung war auch in der Vorsitzzeit der Abg. Miriam Gruß immer wieder Beratungsgegenstand in der Kinderkommission. Da es zwischen den Koalitionsfraktionen zu diesem Thema keine Übereinstimmung gibt, konnte die Kinderkommission ihr Anliegen, einen interfraktionellen Antrag in den Bundestag einzubringen, nicht umsetzen. Die Kommissionsmitglieder leisten allerdings - soweit erforderlich - auch weiterhin Überzeugungsarbeit in ihren Fraktionen und werben in der Öffentlichkeit für die Kinderrechte.

3.2. Inflight Spot „Witness“

Der Kurzfilm „Witness“ will die Zuschauer motivieren, nicht wegzuschauen, wenn sie in ihrer Umgebung Indizien für einen Kindesmissbrauch erkennen. Nachdem in der Vorsitzzeit der Abg. Marlene Rupprecht die Mitglieder des Deutschen Bundestages von der Kinderkommission gebeten worden waren, ihre Kontakte mit Fluggesellschaften für eine Unterstützung dieses Projekts zu nutzen, konnte die Kommission feststellen, dass dieser Spot zwischenzeitlich nicht nur von allen wichtigen Fluglinien in Deutschland, sondern auch in deutschen Verkehrsflughäfen gezeigt wird.

3.3. EU-Konvention zum Schutz von Kindern gegen sexuelle Ausbeutung und Missbrauch

Am 19. September 2007 fand ein Gespräch der Kinderkommission mit Justizstaatssekretär Lutz Diwell zur Klärung der Fragen aus dem Gespräch vom 4. Juli 2007 mit der Vertreterin der Nichtregierungsorganisation ECPAT Deutschland e.V., Frau Mechthild Mauer, statt. Herr Diwell stellte klar, dass man die EU-Konvention zum Schutz von Kindern gegen sexuelle Ausbeutung und Missbrauch nicht nur im Rege-

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

lungsfeld internationaler Vereinbarungen sehen dürfe, sondern auch im Zusammenhang mit dem UN-Fakultativprotokoll zum Übereinkommen der Rechte der Kinder und dem Rahmenbeschluss der Europäischen Union. Im Hinblick auf die verschiedenen internationalen Rechtsinstrumente seien die Spielräume für Handlungs- und Forderungsmöglichkeiten klein, aber auch die Handlungsnotwendigkeiten für Deutschland relativ gering. Zur Klärung des Handlungsbedarfes müsse man sich in sehr spezielle Einzelfallkonstellationen hineindenken. Bei der Verhandlungsführung habe man darauf geschaut, dass sinnvoller Kinderschutz nicht in einen gewissen Konflikt mit dem sexuellen Selbstbestimmungsrecht von Jugendlichen gerate. Mit der Annahme des Übereinkommens durch das Komitee der Ministerbeauftragten des Europarates am 12. Juli 2007 sei das Verfahren im Europaratsbereich formal abgeschlossen. Geplant sei, dass die Justizminister des Europaratsbereichs Ende Oktober diesen Jahres das Abkommen unterzeichnen.

In der Bundesregierung sei eine Abstimmung dahingehend erfolgt, dass Vorbehalte, wenn sie überhaupt notwendig sein sollten, erst bei der Ratifizierung erklärt werden. Für die notwendigen Ressortabstimmungen, für die notwendige Länderbeteiligung und insbesondere für das parlamentarische Verfahren gebe es daher noch Raum für Überlegungen zur Erklärung von Vorbehalten. Das Parlament könne im Ratifizierungsverfahren seine Position zu den Vorbehalten erklären und sich maßgeblich in das Verfahren einbringen. Es gebe lediglich fünf Konstellationen, bei denen man an einen Vorbehalt denken könnte. Das BMJ halte Vorbehalte nur bei zwei Problemkonstellationen für möglicherweise angebracht. Man müsse aber abwarten, was sich aus der Abstimmung mit den anderen Ressorts und den Ländern ergebe.

3.4. Kinderlärm

Nachdem als Ergebnis der Anhörung vom 21. März 2007 das Bundesumweltministerium (BMU) um Erarbeitung eines Regelungsvorschlags zur Erhöhung der Rechtssicherheit gebeten worden war, teilte das BMU mit, dass die Aussprache mit den Ländern ergeben habe, dass diese ganz überwiegend keinen Regelungsbedarf sehen und im übrigen die Gesetzgebungskompetenz des Bundes bestreiten. Daraufhin wandte sich die Kinderkommission direkt an den Bundesminister für Umwelt, Natur-

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

schutz und Reaktorsicherheit und bat ihn noch einmal eindringlich, seine Möglichkeiten zu nutzen, in den mit der Thematik befassten Bund-Länder-Gremien auf die Ministerpräsidenten der Länder dahingehend einzuwirken, dass eine bundesweite Regelung zustande kommen kann. Auch auf dieses Schreiben erfolgte die Antwort, dass ein Regelungsvorhaben der Bundesregierung im Hinblick auf die Position der Länder für aussichtslos gehalten werde. Der Bundesminister erklärte sich allerdings dazu bereit, die Kinderkommission bei einem Schreiben an die Länder zu unterstützen. Die Kommission nahm dieses Angebot gerne an und wandte sich mit fachlicher Unterstützung des Ministeriums mit der Bitte an die Ministerpräsidenten der Länder, auf Landesebene Regelungen zur Erhöhung der Rechtssicherheit von Kindergärten zu schaffen oder wenigstens durch entsprechende Vollzugserlasse sicherzustellen, dass das bestehende rechtliche Instrumentarium zur Bewertung von Kinderlärm „kinderfreundlich“ angewandt wird. Sowohl der zusätzlich angeschriebene Deutsche Städtetag als auch die Länder, soweit sie zwischenzeitlich geantwortet haben, vertraten die Auffassung, dass kein Regelungsbedarf zur Stärkung der Rechtssicherheit von Kindergärten bestehe. Derzeit bleiben die Antworten der restlichen Länder abzuwarten.

3.5. Auslandsadoptionen

Anlässlich der Jahreskonferenz der Bundeszentralstelle für Auslandsadoptionen im September 2007 griff die Kommission die Thematik der Auslandsadoptionen erneut auf. Es wurde festgestellt, dass ein hoher Prozentsatz der Auslandsadoptionen unbegleitet, d. h. ohne Einschaltung einer Vermittlungsstelle, erfolgt. Herr Wolfgang Meincke vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) bestätigte, dass Auslandsadoptionen eine sehr schwierige Thematik darstellen. Mit dem Haager Adoptionsübereinkommen gebe es überwiegend positive Erfahrungen. Bei Nichtvertragsstaaten käme es aber nach wie vor zu unbegleiteten Adoptionen. Bei Ländern, für die in Deutschland keine Adoptionsvermittlungsstellen existierten, werde argumentiert, dass Adoptionen doch nicht an diesem Fehlen scheitern dürften. Dies sei die Hauptüberlegung dafür gewesen, auch nach Änderung des Gesetzes Privatadoptionen zuzulassen. Es sei nirgendwo geschrieben, dass sie ve-

boten oder erlaubt seien. Die Landesjugendämter seien gegen eine Zulassung der unbegleiteten Adoptionen. Es gehe auch darum, inwieweit ausländische Adoptionen in Deutschland anerkannt würden. Deutschland sei ein anerkennungsfreudiges Land. Wenn man ein Kind im Ausland adoptiere und nach Deutschland bringe und es zu einem Adoptionswirkungs- bzw. Feststellungsverfahren komme, dann entscheide der Richter nach der gegenwärtigen Lage, insbesondere entsprechend dem Wohle des Kindes. Daher fänden viele Verstöße gegen Formvorschriften keine Berücksichtigung. Man bemühe sich, viele Staaten zum Abschluss des Adoptionsübereinkommens zu bewegen, denn damit entfielen die unbegleiteten Adoptionen.

3.6. Testkäufe mit Kindern

Die Problematik „Testkäufe mit Kindern“ hat die Kinderkommission mehrfach beschäftigt. Da die Vorsitzende Gelegenheit hatte, an dem hierzu anberaumten Round-Table-Gespräch „Jugendschutz - Verbesserung des gesetzlichen Vollzugs“ im BMFSFJ am 28. November 2007 teilzunehmen, erfolgte eine Abfrage der Grundlinie der Mitglieder zu dieser Thematik. Diese Abfrage ergab die einheitliche Auffassung aller Kommissionsmitglieder, dass Kinder bis zu 14 Jahren nicht für Testkäufe eingesetzt werden können. Für die älteren Kinder konnte keine einheitliche Auffassung herbeigeführt werden. Dies hat die Vorsitzende in dem Round-Table-Gespräch zum Ausdruck gebracht, aber auch betont, dass grundsätzlich allen Mitgliedern das Wohl und der Schutz des Kindes oberstes Anliegen sei. Da widersprüchliche Informationen zum Einsatz von Kindern als Testkäufer vorlagen, wurde beim Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages ein Gutachten zur Rechtslage in den einzelnen Bundesländern in Auftrag gegeben. Außerdem wurde das BMFSFJ gebeten, die Kinderkommission zu gegebener Zeit über die aus den Ergebnissen des Round-Table-Gesprächs resultierenden Schritte zu informieren. Nach den Recherchen des Wissenschaftlichen Dienstes konnten die Landesministerien Testkäufe mit Jugendlichen unter Bezugnahme auf die fehlende gesetzliche Regelung nicht bestätigen. Ob dennoch in einzelnen Kommunen Testkäufe stattfänden, sei nicht bekannt. Aus der Nachfrage ergab sich, dass einige Länder Testkäufe mit Jugendlichen befürworteten.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

Die Stellungnahme der Kinderkommission zu dieser Problematik kam in der Vorsitzzeit der Abg. Miriam Gruß nicht mehr zustande.

3.7. Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG-Reformgesetz)

Außerhalb der Schwerpunktthemen befasste sich die Kinderkommission mit einer weiteren Reform des FGG. In einer nichtöffentlichen Anhörung von Juristen und Kinderpsychologen wurden am 16. Januar 2008 insbesondere Abwägungsfragen unter dem Aspekt der Auswirkungen der Rechtsänderungen auf Kinder erörtert. Hieran nahmen auch Mitglieder des Familien- und des Rechtsausschusses teil. Zusammengefasst hatte diese Anhörung folgenden Inhalt:

Herr Dr. Christian Meyer-Seitz (BMJ) erläuterte, dass Schwerpunkt des Reformgesetzes die Aufhebung der Zersplitterung des familiengerichtlichen Verfahrens auf zwei Verfahrensordnungen sei. Künftig solle das familiengerichtliche Verfahren komplett nur noch im neuen FamFG geregelt werden. Beim neuen „Kindschaftsverfahren“ gehe es um die Sorge und den Umgang mit Kindern. Darin seien auch die bisherigen Vormundschaftsverfahren enthalten. Neuregelungen, die die Kinderkommission besonders interessieren dürften, seien zum einen das allgemeine Vorrang- und Beschleunigungsgebot für alle Kindschaftssachen und zum andern die Betonung der Einigung der Eltern. Außerdem werde die Figur des Verfahrenspflegers gestärkt, der künftig als „Verfahrensbeistand“ dem Kind bei hochstreitigen Konfliktfällen immer an die Seite gestellt werden soll. Umgangsregelungen sollen künftig statt mit Zwangsgeld mit einem Ordnungsgeldbeschluss vollstreckt werden können. Die klassische Beteiligung des Kindes an dem Verfahren erfolge über die Anhörung.

Herr Prof. Dr. Ludwig Salgo (Johann-Wolfgang-Goethe-Universität) bestätigte, dass beim Verfahrenspfleger viele Impulse aufgenommen worden seien. Es fehlten im Katalog allerdings wesentliche Punkte - z. B. die häusliche Gewalt. Hier sollte dem Kind immer ein Verfahrensbeistand beigeordnet werden. Im Gesetz gebe es die grundsätzliche Aussage, dass in der Regel der Umgang dem Wohle des Kindes diene. Bei

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

den Regelfällen, d. h. die Fälle, die nicht zu Gericht kämen, sei dies richtig. Bei hochstreitigen Elternkonflikten, bei häuslicher Gewalt müsse man aber genau hinschauen. 37.000 Umgangsstreitigkeiten bei den Familiengerichten sei eine sehr ungute Entwicklung. Seine größte Unzufriedenheit sei, dass der Gesetzentwurf hier eine Fülle von Möglichkeiten für ein weiteres „Aufrüsten“ gebe. Er habe den Eindruck, dass „Umgang um jeden Preis“ erwünscht sei. Es würden viele Zwangskontexte aufgebaut. Durch Langzeitstudien sei aber belegt, dass die Kinder bei erzwungenem Umgang langfristig kein gutes Verhältnis zu diesem Elternteil entwickeln könnten. Das Erfolgsgeheimnis für Umgang sei die Beteiligung der Kinder schon von einem sehr frühen Alter an. Zur häuslichen Gewalt finde er im ganzen Entwurf nur drei Stellen in der Begründung. Aus seiner Sicht gebe es mindestens zehn, zwölf Stellen, an denen häusliche Gewalt verankert werden könnte. Häusliche Gewalt müsse auch im Umgangsverfahren Beachtung finden, da dann ganz andere Kriterien gefragt seien. So müsse man viel stärker auf Sicherheitsfragen achten. Bei häuslicher Gewalt gehe es auch nicht um einen schnellen Prozess, wie er mit dem Beschleunigungsgebot bezweckt werde, sondern um schnelle Schutzmaßnahmen. Wenn man diese habe, könne man auch über den Umgang nachdenken. Er würde bei häuslicher Gewalt, bei einem hohen Konfliktniveau die Regelvermutung des positiven Umgangs nicht anerkennen wollen - häusliche Gewalt sei ein Gefährdungstatbestand, auch wenn keine Gewalt gegen das Kind ausgeübt worden sei. Das sog. „Cochemer Modell“ sei nicht evaluiert und eigne sich nicht für Gewaltfälle. Bereits im materiellen Recht, also im Erkenntnisverfahren, sollte als Regelbeispiel für eine Umgangsbeschränkung oder -ausschluss explizit häusliche Gewalt genannt werden.

Im zivilrechtlichen Teil sollte es nach dem Entwurf eine neue Rechtsfigur - den „Umgangspfleger“ - geben. Seine Kompetenzen, seine Qualifikation seien aber völlig unklar. Man müsse mit ganz erheblichen Kosten rechnen. Es fehle hierzu an besseren und gründlicheren Untersuchungen. Er sehe im Umgangspfleger auch einen Eingriff in das Sorgerecht des Elternteils, bei dem das Kind lebe.

Herr Hans-Christian Prestien (Richter am Amtsgericht) führte aus, dass er sich aufgrund seiner Erfahrungen als Familienrichter frage, inwieweit ein formalisiertes Rechtsverfahren in der Lage sein könne, tatsächlich die subjektive Befindlichkeit des

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

Kindes aufzunehmen, geschweige denn für eine Zukunftsgestaltung Sorge zu tragen, in der das Kind seine Eltern behalte. Aufgrund seiner Erfahrungen als Jugendrichter am Strafgericht habe er die Einschätzung gewonnen, dass drei Viertel der Jugendlichen vor dem Strafrichter unter broken-home-milieus litten. Das Bundesverfassungsgericht habe die gemeinsame Verantwortung der Eltern als Verantwortung dem Kind gegenüber herausgestellt. In einer Zeit immer instabiler werdender Bezugssysteme um das Kind herum müsse das Gericht darauf achten, dass bei auftretenden Schwierigkeiten möglichst schnell interveniert werde. Der Staat solle sich nicht an die Stelle der Eltern setzen, sondern Hilfe zur Selbsthilfe so leisten, dass sich die staatliche Autorität wieder zurückziehen könne. Es müsse darum gehen, um das Kind herum eine Befriedung zu erreichen. Das Wächteramt des Staates nach Art. 6 Grundgesetz sei so zu gestalten, dass ein effektiver und zielgerichteter Kinderschutz organisiert stattfindet. Das Verfahrensrecht in Deutschland - das FGG - habe mit den Fortschritten im materiellen Recht nicht Schritt halten können. Unter den Familienrichtern gebe es hier große Unsicherheiten. Die Gerichtsbarkeit müsse sich mit der Jugendhilfe „gleichschalten“ - der Richter müsse schon informiert werden, wenn wesentliche Anhaltspunkte für eine Gefährdungssituation bestehen. Eine Gefährdungsvermutung läge beispielsweise bereits bei einer Schulverweigerung vor. Auch bei Jugenddelinquenz läge eine Gefährdung für das Kind in geistiger Hinsicht vor.

Er sei ein Gegner einer gerichtlichen Wegnahme von Verantwortlichkeiten von Erwachsenen. Sicherlich gebe es Fälle, in denen Eltern ihre eigenen Egoismen nach vorne schoben und überhaupt nicht mit sich reden ließen. In diesen Fällen stelle er den erforderlichen Druck mit dem Hinweis auf § 171 Strafgesetzbuch - Verletzung der Fürsorge- und Erziehungspflicht - her. Er sei dankbar für die ersten Schritte, die in der Reform zugunsten des Kindes geplant seien: Ausweitung der Funktion des Verfahrensbeistandes sowie des Sachverständigen, frühzeitiger Termin und mündliches Verfahren. Es greife allerdings zu kurz.

Dem „großen“ Menschen, der sich nicht mehr äußern könne, gestatte man in jedem Verfahren die Beteiligtenfähigkeit - dem „kleinen“ Kind verweigere man diese Beteiligtenstellung. Die geplante Konstruktion des Verfahrensbeistandes sei dafür untauglich. Dem Kind müsse per se ein Beistand zugeordnet werden, der - ohne Genehmigung anderer Stellen - das Gericht fordern und die Jugendhilfe einfordern könne.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

Man brauche eine „Anwaltschaft“ für das Kind, die das Kind bei allen Verfahren begleite.

Auch die Sachverständigentätigkeit sei ein wesentlicher Punkt. Hier sollte der Entwurf dahingehend verändert werden, dass das Gericht befugt werde, den Sachverständigen in allen Konstellationen als Helfer des Gerichts beiziehen zu können. Er sehe auch ein Problem bei der Richterschaft, die nicht angemessen qualifiziert sei. Richter wie Anwälte benötigten dringend eine ergänzende Ausbildung in anderen Professionen. Er denke an die Schaffung eines „Erziehungsrichters“. Damit würde man Jugend- und Familiensachen als das sehen, was sie seien: die beiden Kehrseiten einer Medaille. Außerdem müsse man für Gerichte und Jugendämter Bezirkszuständigkeiten einrichten. Dann wüsste man, welche Schulen, welche Ansprechpartner beispielsweise bei den Jugendhilmeföglichkeiten anzusprechen seien. Dann könnte man im Verbund arbeiten. Zur Verfahrenspflegerbestimmung könnte man eine gemeinsame Einrichtung von Jugendhilfe und Justiz schaffen. Diese könnte eine entsprechende Liste vorhalten und dem Richter Verfahrenspfleger benennen.

In allen Fällen des Umgangsstreits bei häuslicher Gewalt habe das Umgangsverfahren zurückzustehen, solange das Wohl des Kindes nicht geklärt sei. Das bedeute, dass man gute Sachverständige brauche, die diese beiden Verfahren möglichst schnell beleuchten und dem Richter damit die Möglichkeit geben, notfalls mit einer einstweiligen Anordnung flexibel zu handeln.

Herr Prof. Dr. Uwe Jopt (Universität Bielefeld) erläuterte, dass der Verfahrensgegenstand „Trennungsfamilie“ - jedenfalls wenn es um Kinder gehe - ein hochgradig psychologischer Sachverhalt sei. Eine amerikanische Studie habe ergeben, dass das Zweitschlimmste im Leben, was sich Kinder vorstellen können, die Trennung der Eltern sei. Man müsse sich daher vor Augen halten, dass „Umgang“ nichts anderes sei als der juristische Name für eine Liebesbeziehung zwischen Kind und seinem andern Elternteil. Die schwerste Trennungsfolge für Kinder seien massive Beziehungsstörungen. Der Regelfall seien also Beziehungsprobleme. Bei Trennung sei Streit zwischen den Eltern der Regelfall und nicht die Ausnahme. Der Streit ergebe sich aus den höchst emotionalen Trennungsauslösern. Der Streit sei kein Problem des Verfahrens, sondern ein Problem der Menschen selbst. Auch wenn man das „Streitprin-

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

zip“ 1977 ersatzlos abgeschafft habe - in den Herzen der Menschen lebe es weiter. Im Nu werde es aber zu einem Problem des Verfahrens, denn wie soll man mit diesen streitenden Menschen umgehen? Das sei an vielen Stellen ein „Dilettieren“ - aber man habe gar keine Alternative. Es sei die Aufgabe des Rechts, dafür zu sorgen, dass trotz der Trennung der Eltern die „Liebesbeziehung“ des Kindes bestmöglich erhalten bleibe. Viele Kinder pendelten zwischen zwei unversöhnten Liebeswelten hin und her. Viele Kinder würden nach einer gewissen Zeit die Beziehung zu einem Elternteil abbrechen - nicht, weil sie ihn nicht mehr lieb hätten, sondern als Überlebensstrategie, weil sie sich dem Konflikt anders nicht mehr länger stellen könnten. Er nenne es „zynisch“, in dieser Situation von einem Kindeswillen zu sprechen, den es zu unterstützen gelte. Kinder, die zwischen sich streitenden Eltern stünden, dürfe man nicht wörtlich nehmen - man müsse sie selbstverständlich ernst nehmen. Man müsse sich etwas einfallen lassen, wie man die Kinder aus dieser Haltung wieder herausbekommen könne bzw. wie man es erreiche, dass sie gar nicht erst in die Situation kommen, sich entziehen zu müssen.

Es gehe jetzt um „Befriedung um jeden Preis.“ Auch er betont wie Herr Prof. Salgo, dass bei häuslicher Gewalt ganz andere Kriterien und Strategien zu verfolgen seien - aber häusliche Gewalt sei nicht der Regelfall. Die angestrebte Trennung der Paar- von der Elternebene sei logisch völlig richtig - in Wirklichkeit aber die Quadratur des Kreises. Hierfür benötige man ein flankierendes System, das das Familienrecht zu schaffen habe. Den Gesetzentwurf finde er im Großen und Ganzen gut. Die Beratungspflicht sei als erster Schritt gut. Es sei ganz großartig, dass die Rechtsfigur des Verfahrenspflegers erweitert werde und er auch gestalten und intervenieren könne. Für sich heftig streitende Eltern benötige man weiterhin Sachverständige. Es sei zu überlegen, ob man das kontradiktorische Verfahren - Mutter hier mit einem Anwalt und Vater dort mit einem Anwalt - nicht ersatzlos streichen könne. In Nachbarstaaten gebe es keine Anwälte und dennoch sei das Kindeswohl dort nicht stärker gefährdet. Die lösungsorientierte Begutachtung sei der Weg in diese Richtung. Kritisch sei hier die Frage der Ausbildung.

Herr RiAG Dirk Hornikel (BMJ) stellte zur häuslichen Gewalt klar, dass in der Diskussion eine Vermischung der Prozessebenen erfolgt sei. Es gehe hier um die Reform

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

des Verfahrensrechts. Die Problematik der hinreichenden Berücksichtigung der häuslichen Gewalt sei jedoch im materiellen Recht, d. h. im Erkenntnisverfahren zu verorten. Auch bedeute das Vorrangs- und Beschleunigungsgebot nicht, dass man hoch konflikthafte Verfahren auf Biegen und Brechen innerhalb kürzester Zeit durchpeitsche. Es bedeute zunächst das Gebot, sich so schnell wie möglich mit den Beteiligten an einen Tisch zu setzen. Es solle eine schnelle Intervention geben. Es sei nicht zwingend vorgesehen, dass in diesem Termin eine abschließende Umgangsentscheidung getroffen wird.

Diese interne Anhörung in der Kinderkommission im Vorfeld der öffentlichen Anhörung im Rechtsausschuss wurde von allen Beteiligten als eine wertvolle Informationsmöglichkeit beurteilt.

3.8. Neugeborenen-Hörscreening

Nachdem sich die Kinderkommission bereits in der Vorsitzzeit der Abg. Michaela Noll mit dieser Thematik beschäftigt hatte, griff die Kommission dieses Thema erneut auf und wandte sich mit der Bitte an die Bundesministerin für Gesundheit, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür einzusetzen, dass das flächendeckende Hörscreening als verpflichtende Untersuchung für Neugeborene in den ersten Lebensmonaten eingeführt wird. Eine Antwort ging in der Vorsitzzeit der Abg. Miriam Gruß nicht mehr ein.

4. Reise der Kinderkommission

In der Zeit vom 18. bis 20. November 2007 fand eine Delegationsreise der Kinderkommission nach Tschechien statt. Anlass hierfür waren die Eindrücke aus der UNICEF-Konferenz vom 5. März 2007 zum Thema „Roma-Kinder in Europa - Zwischen Integration und Isolation“, auf der den Kommissionsmitgliedern mit großer Deutlichkeit vor Augen geführt worden war, in welcher prekärer sozialen und wirtschaftlichen Lage die Roma und ihre Kinder in den osteuropäischen Ländern leben. Der

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

Kommission ging es darum, die Lebensbedingungen vor Ort kennenzulernen sowie Lösungsansätze und Anregungen zu entwickeln.

Hierzu erfolgte vorab die folgende Pressemitteilung:



DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 16. November 2007

Reise der Kinderkommission nach Tschechien

Eine Delegation der Kinderkommission des Deutschen Bundestages wird in der Zeit vom 18. bis 20. November 2007 Tschechien besuchen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Delegation, die von der Abg. Marlene Rupprecht (SPD) geleitet wird, wollen sich über die Lebensbedingungen der Roma, insbesondere der Kinder, informieren.

Die Kinderkommission hatte sich zusammen mit UNICEF in einer Konferenz am 5. März 2007 im Deutschen Bundestag mit dem Thema „Roma-Kinder in Europa - Zwischen Integration und Isolation“ befasst. Dabei wurde den Kommissionsmitgliedern mit großer Deutlichkeit vor Augen geführt, in welcher prekären sozialen und wirtschaftlichen Lage die Roma und ihre Kinder leben. Die aus dieser Konferenz gewonnenen Erkenntnisse haben dazu geführt, dass die Kinderkommission hieraus einen Schwerpunkt für ihre Arbeit in der 16. Legislaturperiode machen möchte.

Die Kinderkommission möchte sich daher zum einen ein eigenes und genaueres Bild von der Situation der Roma-Kinder verschaffen. Zum anderen möchte sie in Erfahrung bringen, welche Bemühungen unternommen werden, die Bedingungen insbesondere für die Roma-Kinder zu verbessern. In diesem Zusammenhang soll auch festgestellt werden, welche Einfluss- und Handlungsmöglichkeiten hier seitens der EU oder Deutschlands bestehen und wie diese genutzt werden. Hierzu plant die Kinderkommission die Besichtigung von Projekten, Treffen mit Mitgliedern von parlamentarischen Ausschüssen sowie mit Regierungsvertretern und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen.

Neben der Delegationsleiterin gehören der Delegation Michaela Noll (CDU/CSU), Jürgen Kucharczyk (SPD) und Jörn Wunderlich (Die Linke.) an.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

Die Delegation besuchte zunächst eine Grundschule in Prag, um sich über die schulische Ausbildung der Roma-Kinder zu informieren. Beim Besuch einer insbesondere von Roma-Familien bewohnten „Kolonie“ verschafften sich die Mitglieder einen Eindruck von den Wohnverhältnissen und den unmittelbaren Lebensumständen der Kinder. In einem Internetzentrum informierte sich die Kommission über die Weiterbildung der Roma-Jugendlichen. In Gesprächen mit Parlamentariern, Mitarbeiterinnen des Schulministeriums und Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Nichtregierungsorganisationen besprachen die Mitglieder die gewonnenen Erkenntnisse.

In Bezug auf die Roma-Bevölkerung stellte sich als zentrales Problem heraus, dass den Eltern die Bedeutung der Ausbildung für ihre Kinder nicht klar ist. Für die Eltern ist es meist selbstverständlich, dass ihre Kinder auf sog. „Sonderschulen“ gehen. Durch die Gewährung der Sozialleistungen ist auch eine Distanz zum Arbeitsmarkt entstanden. Wichtig ist daher die Motivierung für die Schulausbildung der Kinder und für die Wiederaufnahme der Arbeit. Auch die mangelnde Identität, die zu einem nur schwach ausgeprägten Zusammenhalt führt, wird als Ursache für die oft prekäre Situation der Roma genannt. Bei der Mehrheitsbevölkerung besteht das Problem darin, dass für sie das Roma-Thema nur als negatives Skandalthema existiert. Ansonsten interessiert es niemanden. Insbesondere die Vertreterinnen und Vertreter der Nichtregierungsorganisationen machten klar, wie wichtig es sei, der Öffentlichkeit zu zeigen, dass viele Roma integriert seien. Die Roma dürften nicht nur als Problem wahrgenommen werden. Im Parlament gebe es keine strategischen Vorschläge. Es fehlten langfristige Programme, die auch für künftige Regierungen verbindlich seien. Es gebe kein Konzept zur Entwicklung der Roma. Bestehende Projekte seien insoweit risikoreich, als niemand wisse, wie es nach einem Jahr weitergehe. In der Exekutive liege ein Problem auch darin begründet, dass für Jugendhilfe beispielsweise fünf Ressorts zuständig seien.

Als Lösungsansatz wird u. a. das neue Schulgesetz gesehen, das keine Unterschiede zwischen Grund- und „Sonder“-Schulen mache. In den seit dem 1. September 2007 existierenden Rahmenausbildungsprogrammen befasse man sich auch mit Minderheitenproblemen. Die Schulen hätten jetzt die Aufgabe, eigene Programme im Hinblick auf ihre individuelle Situation zu entwickeln. Es gebe ein Programm für die Ausbildung von derzeit 360 pädagogischen Assistenten, das vom Europäischen So-

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

zialfonds finanziert werde. Es existiere ein Förderprogramm zur Integration der Roma durch Ausbildung und Freizeitgestaltung und ein Förderprogramm für Roma-Mittelschüler im Hinblick auf Schulausstattung und Schulgeld. Seit 2005 existiere auch das Konzept der frühen Fürsorge für die Vorschule. Ab 1. Januar 2008 solle es beim Roma-Rat eine Agentur für sozial Ausgegrenzte als Beratungsstelle geben, bei der sowohl Vertreter der Verwaltung als auch Roma beschäftigt werden sollen. Dies sei ein Pilotprojekt in zehn Roma-Siedlungen, das dort bis 2010 für eine nachhaltige Änderung sorgen soll.

Die Delegation versprach, die Roma-Problematik im Europarat anzusprechen und die Informationen an die deutschen Kinderorganisationen weiterzugeben.

5. Informationsgespräche und -termine

Außerhalb von Sitzungen der Kinderkommission fanden folgende Gespräche und Termine statt, die teilweise von der Vorsitzenden allein und teilweise von mehreren Mitgliedern der Kinderkommission wahrgenommen wurden:

20.09.2007	Auswertung der auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag mit Kindern geführten Gespräche mit der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in der BRD (aej) und Kindern
09.10.2007	Treffen mit einer Besuchergruppe der Abg. Nicole Maisch (30 Kinder und 20 Erwachsene) - Vorstellung der Kinderkommission durch die Abg. Miriam Gruß
06.11.2007	Treffen mit 25 Multiplikatoren von Familienzeitschriften für „Hintergrundgespräche“
14.11.2007	Treffen mit einer Projektgruppe des Come-in-Contract-Projekts des Bundesjugendwerks der AWO
12.12.2007	Gespräch mit der Fachhochschule für Sozialpädagogik Edith Stein zum Thema „Rechte der Kinder“
15.01.2008	Vorstellung des Projekts des Bundesforums Familie „Kinder brauchen Werte“

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

- 09.04.2008 Treffen mit der Vorsitzenden des Bundesjugendkuratoriums
- 10.04.2008 Vorstellung des Projekts der ARD-Fernsehlotterie „Ein Platz an der Sonne“ durch die RINOW Communication

6. Veranstaltungen

6.1. „Die Kinderkommission wird 20“



Am 21. April 2008 konnte die Kinderkommission des Deutschen Bundestages ihren zwanzigsten Geburtstag feiern. Sie nahm dieses Jubiläum zum Anlass, die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestag, Frau Gerda Hasselfeldt, Herrn Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Hermann Kues aus dem Bundesfamilienministerium, die Vorsitzende sowie die Kolleginnen und Kollegen aus dem Familienausschuss, Vertreterinnen und Vertreter von Kinderhilfsorganisationen, aber auch die Gründungsmitglieder der Kinderkommission zu einem Empfang am 23. April 2008 einzuladen, für den der Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert die Schirmherrschaft übernommen hatte.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

Programm

für den Empfang zum 20-jährigen Bestehen der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder – Kinderkommission – des Deutschen Bundestages am 23. April 2008 um 16.30 Uhr

im Veranstaltungsfoyer des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses

- 16.30 Uhr Musikbeitrag** eines Kinderviolinquartetts
- 16.35 Uhr Begrüßung der Gäste** und Vorstellung der Kommission und ihrer aktuellen Arbeitsthemen durch die Vorsitzende der Kinderkommission des Deutschen Bundestages, **Frau Miriam Gruß, MdB**
- 16.45 Uhr Musikbeitrag** Violine + Gitarre
- 16.50 Uhr Grußwort** der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, **Frau Gerda Hasselfeldt, MdB**
- 16.55 Uhr Musikbeitrag** Gesang + Gitarre
- 17.00 Uhr Grußwort** des Parlamentarischen Staatssekretärs bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Herrn **Dr. Hermann Kues, MdB**
- 17.05 Uhr Musikbeitrag** Streichorchester
- 17.10 Uhr Grußwort** der Vorsitzenden des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, **Frau Kerstin Griese, MdB**
- 17.15 Uhr Musikbeitrag** Gitarre
- 17.20 Uhr** Gründungsmitglied **Wilhelm Schmidt** skizziert die Anfänge der Kinderkommission
- 17.30 Uhr Verabschiedung** der Gäste durch die Kommissionsmitglieder
- Musikbeitrag** Streichorchester
- Geselliges Beisammensein**

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)



© Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde

Anlässlich dieses Geburtstages fand am 21. April 2008 eine Pressekonferenz statt, auf der die Mitglieder die Arbeit der Kommission sowie die Aufgaben, mit denen sie sich in dieser Legislaturperiode noch beschäftigen wird, darstellten.

Eine „Bilanz“ über 20 Jahre Kinderkommission kann unter www.bundestag.de/ausschuesse/a13/kiko/berichte/index.html nachgelesen werden.



© Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde

6.2. Kindertag des Deutschen Bundestages am 17. September 2007

Am 17. September 2007 beteiligte sich die Kinderkommission mit einem Informationsstand am Kindertag des Besucherdienstes des Deutschen Bundestages. An diesem Tag finden Führungen nur für Kinder statt. Die Kinder lernen so mit ihrer Schulklasse das Reichstagsgebäude kennen und können auf kindgerechte Art Einblick in die politische Arbeit gewinnen. Die Mitglieder der Kinderkommission erklären den Kindern ihre Arbeit und stehen für Fragen zur Verfügung. Beliebt bei den Kindern sind auch die Taschen mit Informationsmaterial.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

7. Öffentlichkeitsarbeit

7.1. Pressemitteilungen

Die Kinderkommission macht durch Pressemitteilungen auf ihre Arbeit und auf aktuelle kinderpolitische Problemstellungen aufmerksam. In der Vorsitzzeit der Abg. Miriam Gruß sind im Einzelnen folgende Pressemitteilungen erschienen, die in der Anlage nachgelesen werden können:

10.08.2007	Kinderkommission zum Internationalen Tag der Jugend: „Mehr Partizipation der Jugendlichen an politischen Entscheidungen“
19.09.2007	Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum Weltkinder-tag: „Aufhebung der Vorbehaltserklärung zur UN-Kinderrechtskonvention“
08.10.2007	Kinderkommission unterstützt die Aktion „Kinder gegen Kinderarbeit“
16.11.2007	Reise der Kinderkommission nach Tschechien
19.11.2007	Die Kinderkommission gratuliert zur „Volljährigkeit“ der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen
14.12.2007	Beste Kulturpolitik in Hamburg - Forderung nach eigenständigem Politikbereich bleibt
08.02.2008	Kinderkommission zum Tag der Kinderhospizarbeit am 10. Februar 2008: „Familien mit unheilbar kranken Kindern brauchen unsere Unterstützung“
20.02.2008	Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum Internationalen Tag der Muttersprache am 21. Februar 2008: „Sprachliche Kompetenz schafft Lebenschancen!“
10.03.2008	Einladung zum Pressetermin: Kinderkommission des Deutschen Bundestages warnt vor zu schweren Schulranzen
31.03.2008	Kinderkommission fordert zum Internationalen Kinderbuchtag: Lesen zum täglichen Ritual machen!

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

08.04.2008	Einladung zur Pressekonferenz Kinderkommission: Scheidende Vorsitzende zieht Bilanz
11.04.2008	Kinderkommission fordert: Eigenständige Kulturpolitik für Kinder und Jugendliche etablieren!
16.04.2008	Pressekonferenz: Kinderkommission feiert ihren 20. Geburtstag
18.04.2008	„Mädchen Mut machen, Neues auszuprobieren“ Kinderkommission des Bundestages zum Girls' Day am 24. April 2008
24.04.2008	„Kinder auf Reisen: Sicherheitsstandards und Angebote verbessern!“ Stellungnahme der Kinderkommission zum Thema „Kinder und Mobilität“

7.2. Pressekonferenzen

31.07.2007	Pressekonferenz anlässlich des turnusmäßigen Vorsitzwechsels in der Kinderkommission
21.04.2008	Pressekonferenz anlässlich „20 Jahre Kinderkommission“ am 21. April 2008

7.3. Internetauftritt der Kinderkommission

Die Internetseiten des Deutschen Bundestages enthalten ausführliche Informationen über die Mitglieder und die Arbeit der Kinderkommission. In der Vorsitzzeit der Abgeordneten Miriam Gruß gab es durch Einrichtung des Kinderportals des Deutschen Bundestages www.kuppelkucker.de eine Neuerung. Auf dieser Webseite für Kinder kommt man beim „Entdecken des Bundestages“ zum Briefkasten der Kinderkommission. Dieser wird nicht nur von Kindern, sondern auch von Erwachsenen gerne sowohl für Fragen als auch für Unmutsäußerungen aller Art genutzt.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

7.4. Broschüren

Die Broschüren der Kinderkommission waren immer wieder Gegenstand von Beratungen. Dabei ging es insbesondere um die Gestaltung der neu konzipierten Erwachsenenbroschüre. Auch zu den einzelnen Textbeiträgen ergaben sich mehrfach Korrektur- und Änderungsvorschläge. Eine Herausgabe dieser Erwachsenenbroschüre konnte in der Vorsitzzeit der Abgeordneten Miriam Gruß nicht mehr erfolgen.

8. Kinder- und jugendpolitische Termine der Mitglieder der Kinderkommission

8.1. Abgeordnete Miriam Gruß

September 2007

14. Auftaktveranstaltung „Woche des bürgerschaftlichen Engagements“, Berlin
17. „Kindertag des Bundestages“, Berlin
18. Fachtagung YOUrope07, Berlin
20. Appell vor dem Reichstag mit Kindern anlässlich des Weltkindertages
20. Auswertung Kirchentag - Gespräch mit Kindern des Kirchentages, Berlin
20. Rundgang und Kuppelbesichtigung mit Kindern des Kirchentages im Reichstag
24. Kinder- und familienpolitisches Fachgespräch in Landshut

Oktober 2007

9. Action!Kids - Auftaktaktion „Kinder gegen Kinderarbeit“, Berlin
10. Gespräch mit dem Jugendhilfeausschuss Marzahn-Hellersdorf, Kita „Akazieninsel“, Berlin

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

- 17. Gespräch im Rathaus Augsburg zu „Frühe Hilfen für Kinder und Familien“
- 24. Pressekonferenz anlässlich der 1. World-Vision-Kinderstudie, Berlin

November 2007

- 6. Gespräch mit Teilnehmern Themenworkshop „Familienpolitik“, Berlin
- 6. Auftaktveranstaltung „Hands On! Europe“, Berlin
- 8. Expertengespräch zum Thema „Kindervernachlässigung- und misshandlung“
- 9. Vortrag BFA Innen und Recht „Verfassung und Kinderrechte“, Berlin
- 14. Gespräch mit AWO come in contract, Berlin
- 17. Tag der offenen Tür - Kita St. Elisabeth, Königsbrunn
- 20. Pressegespräch mit Kinderschutzbund, Sonthofen
- 20. Vortrag als Vorsitzende der KiKo zu „Kinder sind unsere Zukunft“, Stein/b.Immenstadt
- 23. Vorlesetag, DB, Berlin
- 28. Runder Tisch mit allen Fraktionen „Jugendschutzgesetz - Verbesserung des gesetzlichen Vollzugs“, Museum f. Kommunikation, Berlin

Dezember 2007

- 13. Diskussionsrunde „Kinderarmut - Schöne Bescherung“, Parlamentsfernsehen
- 18. Interview für mitmischen.de zum Thema Jugendgewalt, Berlin

Januar 2008

- 4. Gesprächsrunde „Kinderrechte ins Grundrecht“, Deutschlandfunk
- 9. Diskussionsrunde, Bamberg
- 15. Vorstellung Bündnisinitiative „Verantwortung Erziehung“, Bundesforum Familie, Berlin
- 16. Diskussionsabend „Wahlrecht von Geburt an“, Berlin

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

- 24. Gespräch mit Vertretern des Vereins „Kinder- und Mütterschutz e. V.“, Berlin
- 28. Besuch Kita „Schlaumäuse“, Augsburg
- 30. Termin in Kehlheim „Familien-Bildung-Kinder“, Abensberg

Februar 2008

- 11. Diskussionsrunde „Unsere Jugend ist besser als ihr Ruf“, Hamburg
- 14. Live-Chat zum Thema „Jugendgewalt“ auf mitmischen.de
- 14. Gesprächstermin Deutsche Kinderhilfe Direkt e. V. zum Thema „Neugeborenen-Hörscreening“, Berlin
- 25. Besuch Kita „Mütze“, Aschaffenburg
- 28. Besichtigung Spielwerk-Theater „Eukitea“, Diedorf

März 2008

- 5. Gespräch mit Bundesjugendkuratorium, Berlin
- 13. Schulranzenaktion, Schule am Falkplatz, Berlin

April 2008

- 2. Besuch des integrativen Kinderhauses Aichach
- 2. Besuch Kinderheim St. Clara, Gundelfingen
- 4. Besuch Grundschule, Gespräch mit Streetworkern, Untermeitingen
- 4. Besuch der „Mobilen Spielplatzbetreuung“, Kaufbeuren
- 9. Gespräch mit Bundesjugendkuratorium, Berlin
- 9. BKJ Parlamentarischer Abend „Kulturelle Bildung“, Berlin
- 10. Gespräch mit Forum Menschenrechte, Barbara Dünnweller u. a.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

11. Abschluss-Pressekonferenz, Berlin
21. Pressekonferenz „20 Jahre KiKo“, Berlin
23. Empfang anlässlich „20 Jahre KiKo“, Berlin
24. „Girls’Day“ - Gespräch und Rundgang mit Schülerinnen, Berlin

8.2. Abgeordnete Michaela Noll

August 2007

8. Vortrag „Kinder und Sport“, Haaner Turnverein, Haan
18. Sommerfest Turn- und Sportverein Erkrath 1930 e. V., Erkrath
20. Gespräch in der Pestalozzi-Förderschule Haan „KSW Award“, Haan
23. Games Convention-Messe, Workshop Bundesverband Interaktive Unterhaltungssoftware e. V., Leipzig

September 2007

18. Parl. Abend „Aktionsbündnis Kinderrechte“ von UNICEF, Deutsches Kinderhilfswerk, Deutscher Kinderschutzbund, Berlin

Oktober 2007

30. Kindersprechstunde in der Kita „Villa Kunterbunt“, Erkrath

November 2007

6. KiKo-Treffen mit 25 Multiplikatoren von Familienzeitschriften für „Hintergrundgespräche“, Berlin
14. KiKo mit Bundesjugendwerk AWO „Kinderpolitik den Rücken stärken“, Berlin
28. Gespräch „Kampfsport gegen Gewalt...“, Berlin

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

Dezember 2007

6. Besuch bei der Kindernothilfe in Duisburg - Persönliches Gespräch, „Kinderrechte“, Duisburg
13. Verband der Süßwarenindustrie, Berlin
13. Preisverleihung nationaler Bürgerpreis, Initiative „für mich, für uns, für alle“, Berlin
18. Ton-Interview für mitmischen.de zum Thema „Jugendgewalt“, Berlin

Januar 2008

23. Gespräch zum Thema „Kinderarmut“ bei der CDU Brandenburg, Potsdam

Februar 2008

6. Fachtagung zum Thema „Kindeswohl“, Frankfurt/Main
14. Treffen Projektvorstellung „Platz an der Sonne - benachteiligte Kinder- und Jugendliche“, Berlin

März 2008

12. Parl. Abend der Bundesvereinigung Lebenshilfe, Berlin
13. Schulranzen-Aktion der KiKo, Berlin

April 2008

10. Parl. Abend „Gemeinsam gegen Kinderarmut“, Berlin
21. Pressekonferenz „20 Jahre KiKo“, Berlin
23. Jubiläumsfeier der Kinderkommission, Berlin
24. Gesprächstermin mit National Coalition bzgl. Kinderrechte ins GG, Berlin

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

8.3. Abgeordnete Marlene Rupprecht

September 2007

3. Besuch der Podiumsdiskussion „Gefahren im Netz - wenn Kinder chatten“
5. Sitzung der Kommission für Arzneimittel für Kinder und Jugendliche, BfArM, KAKJ, Bonn
8. Gespräch mit Kindern, SPD-Kinderfest Cadolzburg „Recht auf Spiel“
11. Parl. Abend Bund der Deutschen Landjugend
13. Gespräch FSFJ AG „Jugendmedienschutz“
13. Gespräch Familienzentrierte Neonatologie
17. Kindertag im Bundestag
18. Podiumsdiskussion „Kinderrechte ins Grundgesetz“, Deutscher Kinderschutzbund, Deutsches Kinderhilfswerk und UNICEF
19. Fachtagung „Auslandsadoptionen“, Bundeszentrale für Auslandsadoption mit den Zentralen Adoptionsstellen der Landesjugendämter und der anerkannten Auslandsvermittlungsstellen
21. Rede Plenum „Kinderrechte in der Verfassung stärken“
21. Tagung Deutsches Kinderhilfswerk

Oktober 2007

9. Expertenfachtagung „Finanzierung des Ausbaus der Kindertagesbetreuung“, Deutscher Verein
11. Rede Plenum „Kinderbetreuungsausbau“
13. Podiumsdiskussion „Was brauchen Kinder und Jugendliche“, Fachtagung mit Prof. Moll und Prof. Klinge und Netzwerk kinderfreundliche Stadt e. V.
- 15.-17. Ausschussreise „Kinderbetreuung und Finanzierung“
18. Gespräch „Kinderfreundliche Gemeinde“, Veranstaltung WK

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

November 2007

2. Fachtagung Deutsches Kinderhospizforum „Leben mit Grenzen“, Deutsches Kinderhospizforum Köln
5. Referentin „Kinderrechte in die Verfassung“, SPD mit Britta Ernst, Hamburg
8. Expertengespräch mit Prof. Dr. Kruse, Dr. med. Gerhard Gaedicke „Prävention bei Kindern und Jugendlichen“
13. Parl. Abend „Defizite in der medizinischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen und daraus folgende Handlungsfehler für die Politik“
15. Gespräch Kinderförderungsgesetz (SGB VIII)
16. Podiumsdiskussion SOS-Kinderdorf, Berlin
29. Gespräch mit DBJR
29. Laudatorin „Mehr Gesundheit für alle - Gemeinsam gesunde Lebenswelten gestalten „Starke Kids und Fit fürs Leben“

Dezember 2007

3. Gespräch mit Studenten zu „Kinderrechten“, WK
5. Gesprächskreis Kirche und SPD, Diskussion u. a. mit Prof. Moll, Dr. Zellfelder, „Kinderbetreuung“, WK
7. Podiumsdiskussion zum Symposium „Gewalt und Delinquenz im Kindes- und Jugendalter“, Nürnberg
13. Diskussionsrunde „Kinderarmut - schöne Bescherung“, Parlamentsfernsehen
13. Rede Plenum „Kinder besser schützen - Risikofamilien helfen“
19. Kommission „Gleiche Lebenschancen für jedes Kind - Kinderarmut bekämpfen“

Januar 2008

10. Gespräch mit Prof. Dr. Kruse „Frühgeborenen-Hörscreening“
14. Fachtagung, Referentin „Kinderrechte konkret“, Diakonisches Werk, Hannover

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

- 15. Projektvorstellung „Kinder brauchen Werte“, Bundesforum Familie
- 18. Plenum „Junge Menschen fördern - Ausbildung schaffen“
- 24. Rede Plenum „Kinderarmut bekämpfen“
- 28. Bund-Länder AG „Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung“

Februar 2008

- 20. Parl. Abend „Jugendsozialarbeit im Gespräch“, Kooperationsverbund
- 26. Fachtagung „Adoptions in Europe: at what cost? for an ethical responsibility of receiving countries in intercountry adoption“, terre des homes, Brüssel
- 27. Gespräch WK Schulbesuch
- 27. Referentin „Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung“, WK A. Kramme
- 28. Gespräch mit Frau Prof. Pott, Nationales Zentrum für Frühe Hilfen, Köln

März 2008

- 6. Gespräch „Sicheres Kinderspielzeug“
- 6. Besuch WK Schülergruppe
- 12. Gespräch WK Schülergruppe
- 13. Expertenforum, Referentin „Kinderrechte ins Grundgesetz“ - mehr Gerechtigkeit für Kinder!“
- 14. Sozialausschuss, Europarat, Paris
- 17. Gespräch „Präventionsprogramm für Kindergärten“, Beta Institut, Augsburg
- 18. Gespräch, Grußwort Kampagne „Chancen spenden“, Deutsches Kinderhilfswerk

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

April 2008

1. Eröffnung der Familienkampagne, Referentin „Bayern, aber familienfreundliche“, Nürnberg
2. Sitzung der Kommission für Arzneimittel für Kinder und Jugendliche, BfArM, KAKJ, Bonn
3. Besuch von diversen Einrichtungen, Referentin „Bayern, aber familiengerecht“, Aktionswochen im Rahmen der Familienkampagne, WK B. Irber
8. Berichterstatteerin Fraktion, UN-Kinderrechte
9. Podiumsdiskussion, Referentin „Machen wir's den Kindern Recht?! - Rechtspolitische Impulse“, FES, Berlin
10. Plenum „Änderung des Jugendschutzgesetzes“
10. Gesprächsrunde „Forschen für das gesunde Altwerden - Prävention von Anfang an - Frühkindliche Pädagogik“
10. Parl. Abend „Gemeinsam gegen Kinderarmut“, SoVD
11. Rede Plenum „UN-Kinderrechtskonvention“
15. Referentin „Kinderrecht zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Multidisziplinäre Zugänge“, European Master in Children's Rights, FU Berlin
21. Gespräch Schülergruppe der Deutsch-Türkischen Europaschule Berlin
21. Pressekonferenz KiKo
22. Referentin „Und wie geht's den Kindern? - Die zu oft vergessene Frage in der Bildungsdiskussion“, Landesinstitut für Schule u. Medien, Berlin-Brandenburg
23. Jubiläumsfeier der Kinderkommission, Berlin
24. AG „Gleiche Lebenschancen für jedes Kind“

8.4. Abgeordnete Diana Golze

August 2007

18. Zuckertütenfest für Einschüler Schuljahr 2007/2008, Jüterbog

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

18. Pokalübergabe Jugendfeuerwehr, Nitzahn
23. Besuchergruppe Kreissportjugend Havelland, Berlin
23. Podiumsdiskussion „Hartz IV und Schulkinder“, Luckenwalde
26. Veranstaltung „Kinder wollen's wissen“ im Rahmen des Altstadtsummers der Stadt Belzig, Belzig
27. Tag der offenen Tür der Oberschule, Rathenow
28. Besuch der Kita Schwanennest, Wusterwitz
28. Besuch der Kinder- und Jugendbildungsstätte des DRK, Bollmannsruh
30. Besuch SOS-Kinderdorf, Brandenburg
30. Besuch Kinder- und Jugendfreizeitclub „KiJu“, Brandenburg
30. Besuch offenes Jugendhaus „Club am Turm“, Brandenburg
31. Pressekonferenz Relaunch von mitmischen.de, Berlin

September 2007

18. Fachtagung des DBJR, Berlin
18. Parl. Abend des Aktionsbündnisses „Kinderrechte ins Grundgesetz“, Berlin
19. Parl. Abend des Deutschen Jugendinstituts zur Kinderbetreuung, Berlin
20. KiKo-Veranstaltung mit aej, Berlin

Oktober 2007

9. Auftaktveranstaltung „Kinder gegen Kinderarbeit“, Berlin
30. Gespräch mit der 6b in der Geschwister-Scholl-Schule, Belzig

November 2007

1. Fachtagung Familienbildung, Werden/Havel

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

6. Themenworkshop des Bundespresseamtes zu familienpolitischen Fragestellungen, Berlin
13. Parl. Abend des CVJM, Berlin
14. KiKo-Gespräch mit der AWO, Berlin
26. Vorlesetag in der Kinderbibliothek, Rathenow

Dezember 2007

3. Besuch der Oberschule und der Gesamtschule, Rathenow
6. Vorlesetag in der Fouqué-Kinderbibliothek, Brandenburg
6. Besuch Kita „Glücksmomente“, Brandenburg
12. KiKo-Gespräch mit FH Sozialpädagogik zu Kinderrechten, Berlin
16. Weihnachtsfeier für Kinder aus einkommensschwachen Familien, Jüterbog

Januar 2008

8. Veranstaltung im Gewerkschaftshaus zu Kinderarmut, Braunschweig
11. Besuch Kinderförderverein „WIR“ e. V., Brandenburg

Februar 2008

7. Gespräch mit dem Kinderbeauftragten der Stadt Brandenburg
7. Gespräch mit dem Kinder- und Jugendparlament, Brandenburg
8. Spendenübergabe an Jugendfanfarenzug, Belzig
25. Teilnahme an der Feier zum 5. Jubiläum des Kinder- und Jugendparlaments, Rathenow
29. Vortrag zu Kinderarmut im Rahmen einer Anhörung zu Hartz IV, Belzig

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

März 2008

1. Vortrag zu Kinderarmut im Rahmen einer Klausurberatung der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Templin
5. KiKo-Gespräch mit Bundesjugendkuratorium, Berlin

8.5. Abgeordnete Ekin Deligöz

August 2007

27. Veranstaltung „Deutschland für Kinder“, Berlin
28. Forum Deutschland für Kinder - Wir sind Deutschland! - Gleiche Chancen für Migrantenkinder, Akademie der Künste, Berlin

September 2007

- 17- Fachgespräch „Musterkind auf Rezept? Der Umgang mit der Diagnose ADHS“, Berlin
19. Parl. Abend DJI „Auf dem richtigen Weg? Eine empirische Zwischenbilanz zur Entwicklung der Kindertagesbetreuung in Deutschland“, Presse- und Besucherzentrum der Bundesregierung, Berlin

Januar 2008

15. Kinderreporter ARD-Morgenmagazin
28. Informationsbesuch beim „Interkulturellen Kinder- und Jugendtreff“, OT Wüstenahorn
28. Abendveranstaltung zum Thema „Kinderarmut“ im Café „Sorgenfrei“, Coburg
29. Besuch im Geburtshaus Ingolstadt, Gespräch mit den Müttern einer Krabbel- bzw. Stillgruppe

Februar 2008

12. NDR Info-Radio - Sendung live „Redezeit“ zum Thema „Die Politiker streiten: Mehr Geld für die Familie oder mehr Geld für die Kinderbetreuung?“

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

April 2008

10. Gespräch mit Forum Menschenrechte, Barbara Dünnweller u. a.
21. Pressekonferenz „20 Jahre KiKo“, Berlin
23. Jubiläumsfeier der Kinderkommission, Berlin

Miriam Gruß, MdB

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

Anlagen



DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 10. August 2007

**Kinderkommission zum Internationalen Tag der Jugend:
„Mehr Partizipation der Jugendlichen an politischen Entscheidungen“**

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages erklärt zum Internationalen Tag der Jugend am 12. August 2007:

Die Kinderkommission begrüßt und unterstützt das diesjährige Motto der Vereinten Nationen zum Internationalen Tag der Jugend „Be seen, be heard: Youth Participation for Development“ - Gesehen und gehört werden: Beteiligung der Jugend an der Entwicklung. Kinder und Jugendliche sind nicht nur gegenwärtig von den politischen Entscheidungen der Erwachsenen betroffen - sie sind es, die in der Zukunft die Rechnung der heutigen Politik zu zahlen haben. Dies gilt nicht nur für die Bereiche Ausbildung und Gesundheit, sondern insbesondere auch für Fragen der Umwelt und Finanzen. Hier zeigen sich die Auswirkungen von Entscheidungen oftmals erst eine Generation später.

Daher ruft die Kinderkommission des Deutschen Bundestages die Jugendlichen auf, sich in ihrem persönlichen Umfeld - wie Schule oder Stadtteil - zu engagieren und ihre Interessen und Anliegen in politische und gesellschaftliche Jugendorganisationen einzubringen. Die Kinderkommission appelliert an die Politikerinnen und Politiker, den Kindern und Jugendlichen zuzuhören, ihre Anliegen ernst zu nehmen und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, Kinder und Jugendliche aktiv in Entscheidungsprozesse einzubinden.

Durch Beteiligung an politischen Prozessen und Diskussionen wird das demokratische Verständnis von jungen Menschen gebildet und ihre Motivation, sich zu engagieren, gefördert. Miriam Gruß, Vorsitzende der Kinderkommission, erklärt: „Die Wissbegierde von Jugendlichen müssen wir nutzen, um Politikverdrossenheit und Desinteresse vorzubeugen. Wir müssen mit Kindern und Jugendlichen reden, nicht über sie“.



DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, den 19. September 2007

**Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum Weltkindertag:
„Aufhebung der Vorbehaltserklärung zur UN-Kinderrechtskonvention“**

Am 5. April 1992 ist die UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland in Kraft getreten – unter Vorbehalten. Obwohl die Rücknahme der Vorbehalte bereits mehrfach Gegenstand der parlamentarischen Beratungen war, existiert die Vorbehaltserklärung bis heute.

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages fordert die Bundesregierung deshalb anlässlich des morgigen Weltkindertages erneut auf, die Vorbehaltserklärung zur UN-Kinderrechtskonvention endlich aufzuheben. Die Kinderkommission hat in dieser Legislaturperiode bereits einen einstimmigen Beschluss diesbezüglich gefasst.

Die Vorbehaltserklärung ist sachlich obsolet und deren Rücknahme daher rechtlich möglich. Bund und Länder müssen die Chance endlich ergreifen, sich gemeinsam für die Rechte der Kinder stark zu machen.

Die Vorsitzende der Kinderkommission, Miriam Gruß (FDP): „Der bisher gezeigte Unwille Deutschlands, die UN-Kinderrechtskonvention uneingeschränkt durchzusetzen, ruft – zu Recht – Irritationen und Zweifel an der Kinderfreundlichkeit in diesem Land hervor. Kinderrechte sind Menschenrechte. Die Rücknahme der Vorbehaltserklärung wäre ein Meilenstein auf dem Weg zu einem kinderfreundlichen Deutschland. Es ist mehr als überfällig, Kindern endlich zu ihrem Recht zu verhelfen.“



DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 8. Oktober 2007

Kinderkommission unterstützt die Aktion „Kinder gegen Kinderarbeit“

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages unterstützt die bundesweite Aktion „Action!Kidz – Kinder gegen Kinderarbeit“.

Die Aktion „Action!Kidz“ will die Aufmerksamkeit auf die Situation von Kindern in aller Welt lenken. Deshalb arbeiten Kinder und Jugendliche freiwillig - um auf die verheerende Situation ihrer Altersgenossen aufmerksam zu machen, die zum Arbeiten gezwungen sind. Beispielsweise die Kindersklaven in Haiti, die bis zu 16 Stunden täglich als Hausangestellte ausgebeutet und oft auch sexuell missbraucht werden. Viele dieser mindestens 175.000 Kinder sind kaum fünf Jahre alt. Die Spenden sollen einem Schutzhaus zugute kommen, das in einem Armenviertel in Port-au-Prince eingerichtet wurde. Auch die Schauspielerin und Kindermothilfe-Botschafterin Nathalia Wörner unterstützt die „Action!Kidz“.

Die Kinderkommission möchte mit ihrer Beteiligung an der Auftaktveranstaltung im Deutschen Bundestag am 9. Oktober 2007, 13 Uhr, zum Ausdruck bringen, dass ihr sowohl das Projekt in Haiti, aber auch das soziale Engagement der Kinder und Jugendlichen in Deutschland am Herzen liegt. So erklärt die Vorsitzende der Kinderkommission, Miriam Gruß: „Schulbesuch, Spiel und Spaß – diese Begriffe sind für Kinderarbeiter ein Fremdwort. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass diese Ausbeutung ein Ende hat!“



DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 16. November 2007

Reise der Kinderkommission nach Tschechien

Eine Delegation der Kinderkommission des Deutschen Bundestages wird in der Zeit vom 18. bis 20. November 2007 Tschechien besuchen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Delegation, die von der Abg. Marlene Rupprecht (SPD) geleitet wird, wollen sich über die Lebensbedingungen der Roma, insbesondere der Kinder, informieren.

Die Kinderkommission hatte sich zusammen mit UNICEF in einer Konferenz am 5. März 2007 im Deutschen Bundestag mit dem Thema „Roma-Kinder in Europa - Zwischen Integration und Isolation“ befasst. Dabei wurde den Kommissionsmitgliedern mit großer Deutlichkeit vor Augen geführt, in welcher prekärer sozialen und wirtschaftlichen Lage die Roma und ihre Kinder leben. Die aus dieser Konferenz gewonnenen Erkenntnisse haben dazu geführt, dass die Kinderkommission hieraus einen Schwerpunkt für ihre Arbeit in der 16. Legislaturperiode machen möchte.

Die Kinderkommission möchte sich daher zum einen ein eigenes und genaueres Bild von der Situation der Roma-Kinder verschaffen. Zum anderen möchte sie in Erfahrung bringen, welche Bemühungen unternommen werden, die Bedingungen insbesondere für die Roma-Kinder zu verbessern. In diesem Zusammenhang soll auch festgestellt werden, welche Einfluss- und Handlungsmöglichkeiten hier seitens der EU oder Deutschlands bestehen und wie diese genutzt werden. Hierzu plant die Kinderkommission die Besichtigung von Projekten, Treffen mit Mitgliedern von parlamentarischen Ausschüssen sowie mit Regierungsvertretern und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen.

Neben der Delegationsleiterin gehören der Delegation Michaela Noll (CDU/CSU), Jürgen Kucharczyk (SPD) und Jörn Wunderlich (Die Linke.) an.



DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 19. November 2007

Die Kinderkommission gratuliert zur „Volljährigkeit“ der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen

Das Übereinkommen für die Rechte des Kindes wurde am 20. November 1989 von der Vollversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet. Somit begeht die Konvention in diesem Jahr einen wichtigen Geburtstag: Sie wird volljährig! Zu diesem Geburtstag gratuliert die Kinderkommission des Deutschen Bundestages ganz herzlich.

Die UN-Kinderrechtskonvention ist ein Meilenstein für die Rechte unserer Kinder. Es sichert Kindern und Jugendlichen grundlegende Rechte des Schutzes, der Förderung und der Beteiligung zu.

Einige Länder haben die UN-Kinderrechtskonvention in ihren Verfassungen bereits verankert. Die Kinderrechte auch in Deutschland zu verankern, ist eines der größten Anliegen der Kinderkommission.

Unterstützung erhält die UN-Kinderrechtskonvention auch von der National Coalition - ein Zusammenschluss von rund 100 bundesweit tätigen Organisationen und Initiativen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. Sie hat das Ziel, die UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland bekannt zu machen und ihre Umsetzung in Deutschland voranzubringen.

Die Vorsitzende der Kinderkommission, Miriam Gruß, erklärt zur „Volljährigkeit“ der UN-Kinderrechtskonvention: „Gerne hätten wir der Konvention zum 18. Geburtstag die Aufnahme in unser Grundgesetz geschenkt. Die Kinderkommission ist aber voller Zuversicht, dieses Geschenk nachträglich überreichen zu können.“

Deutscher Bundestag
Pressereferat
Internet

Presse und Kommunikation Platz der Republik 1 · 11011 Berlin (Herausgeber)
Telefon +49-30/2 27-37272, -37171 · Fax +49-30/2 27-36192
www.bundestag.de e-mail: pressereferat@bundestag.de



DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 14. Dezember 2007

Beste Kulturpolitik in Hamburg - Forderung nach eigenständigem Politikbereich bleibt

Der Stadtstaat Hamburg hat seine Kinderkulturpolitik beispielhaft für Deutschland aufgestellt. Die Ergebnisse einer Studie über Kulturpolitik für Kinder in Deutschland, die an der Stiftungsuniversität Hildesheim im Studiengang „Kulturwissenschaften und ästhetische Praxis“ entstanden ist, wurden am 12.12.2007 in der Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages vom Direktor des Instituts für Kulturpolitik, Prof. Dr. Wolfgang Schneider, zusammen mit Diplomanten vorgestellt.

Die aktuelle Situation hinsichtlich einer Kulturpolitik für Kinder wurde in einer bundesweiten Studie im Sommersemester 2007 untersucht. Hintergrund war die Fragestellung, ob es eine dezidierte Kulturpolitik für Kinder überhaupt gibt und wie diese jeweils strukturell gestaltet wird. Da Kulturpolitik föderalistisch organisiert ist, liegt es nahe, jedes Bundesland separat zu betrachten. Professor Schneiders Konklusion: „Wenn von Kultur die Rede ist, geht es nicht um Kinder, wenn von Kindern die Rede ist, geht es nicht um Kultur!“ Es fällt auf, dass Kulturpolitik für Kinder eine Querschnittsaufgabe von Kulturpolitik, Bildungspolitik und Sozialpolitik darstellt und Kulturpolitik für Kinder häufig im Zusammenhang mit kultureller Bildung formuliert wird.

Daher steht als Forderung am Ende der Studie, dass Kulturpolitik für Kinder klare Konzepte braucht und als eigenständiger Politikbereich definiert werden sollte. In Baden-Württemberg ist eine Kompetenzverschränkung in der Kinderkulturpolitik zu beobachten. Weder konzeptionell noch finanziell ist in den Haushaltsplänen eine Kulturpolitik für Kinder auszumachen. Es existiert offensichtlich eine vielfältige und belebte Kulturlandschaft für Kinder, ein eindeutiges politisches Konzept fehlt jedoch.

2

- 2 -

Die Kinder- und Jugendpolitik ist in Bremen Querschnittsaufgabe von verschiedenen politischen Ressorts, Verbänden und Initiativen. Einerseits bietet es eine Chance durch einen breiten politischen Konsens, andererseits birgt es auch eine Gefahr durch uneindeutige Zuständigkeiten.

Eine Evaluation des Rahmenkonzepts in Hamburg hingegen hat ergeben, dass die gestiegene Anzahl der kulturellen Projekte in Hamburg und die daraus resultierende erhöhte Präsenz der Kinder- und Jugendkulturarbeit in den Medien zu einer enormen Aufwertung des Arbeitsfeldes geführt hat. Eine Aufwertung, die das Feld der Kinder- und Jugendkultur derart lukrativ erscheinen ließ, dass neue Partner und Sponsoren für die Kulturförderung gewonnen werden konnten.



DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemittteilung

Berlin, den 8. Februar 2008

**Kinderkommission zum Tag der Kinderhospizarbeit am 10. Februar 2008:
„Familien mit unheilbar kranken Kindern brauchen unsere Unterstützung“**

Die Pflege eines unheilbar erkrankten Kindes verändert den Alltag der Eltern und lässt die Geschwister oft zu kurz kommen. Kinderhospize stehen betroffenen Familien mit fachlicher Unterstützung, konkreter Hilfe und Entlastung in der Pflege zur Seite. Am 10. Februar 1990 gründeten sechs Familien den Deutschen Kinderhospizverein e. V. und boten damit erstmalig in Deutschland Betroffenen die Möglichkeit der gegenseitigen Unterstützung.

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages begrüßt es sehr, dass sich in Deutschland die Hospizbewegung mit der Hilfe von viel mitmenschlichem Engagement so stark weiterentwickelt hat und seitdem zahlreiche stationäre und ambulante Kinderhospize entstanden sind. Auch der Gesetzgeber hat mit der Reduzierung des Eigenkostenanteils von Kinderhospizen auf fünf Prozent zur Stärkung der Hospizarbeit beigetragen.

Die Vorsitzende der Kinderkommission, Miriam Gruß, erklärt: „Es gibt viele Wege, die erkrankten Kinder und ihre Familien zu unterstützen. Neben dem aktiven ehrenamtlichen Engagement brauchen Kinderhospize und die betroffenen Familien finanzielle Unterstützung. Als Gesellschaft ist es unsere Aufgabe, ihnen zu zeigen: Ihr seid nicht allein!“



DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 20. Februar 2008

**Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum Internationalen
Tag der Muttersprache am 21. Februar 2008:
„Sprachliche Kompetenz schafft Lebenschancen!“**

Nicht zuletzt die Pisa-Studie hat bewiesen: Sprachliche Kompetenz hat für den Erfolg von Schülern in allen Unterrichtsfächern eine herausragende Bedeutung. Um Fehlentwicklungen und Benachteiligung vorzubeugen und auszugleichen, ist eine systematische Sprachförderung bereits im frühen Kindesalter unerlässlich.

Kindertageseinrichtungen und Schulen sind deshalb gefordert, die sprachliche Entwicklung unserer Kinder ganz gezielt zu fördern. Die Kinderkommission begrüßt die vielen Initiativen, die den Kindern Leseförderung bieten.

Miriam Gruß, Vorsitzende der Kinderkommission, erklärt: „Sprache ist der Schlüssel zu Bildung. Gerade auch für Kinder aus Migrantenfamilien ist der Erwerb der deutschen Sprache Basis für eine erfolgreiche Integration.“



DEUTSCHER BUNDESTAG

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, den 10. März 2008

**Einladung zum Pressetermin:
Kinderkommission des Deutschen Bundestages
warnt vor zu schweren Schulranzen**

Zeit: Donnerstag, 13. März 2008, 7.50 Uhr

Ort: vor der Schule am Falkenplatz, Gleimstraße 49, Berlin-Prenzlauer Berg

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages wird bei diesem Termin auf die gesundheitlichen Risiken durch zu schwere Schulranzen aufmerksam machen. Mitglieder werden an die Schülerinnen und Schüler Merkzettel mit Hinweisen verteilen, wie Schulranzen richtig gepackt werden und unnötiger Ballast vermieden werden kann. Außerdem werden die Mitglieder die Probe aufs Exempel machen und die Schulranzen wiegen.

Miriam Gruß, Vorsitzende der Kinderkommission, erklärt: „Zu schwere Schulranzen ziehen langwierige gesundheitliche Folgen wie Verkrümmungen der Wirbelsäule oder Verformungen der Füße nach sich. Die Kinderkommission appelliert deshalb an die Bildungsministerien der Länder, das Maximalgewicht von Schulbüchern verbindlich festzulegen. Auch die Schulbuchverlage können zur Entlastung der Kinder beitragen: Statt Hardcover könnte leichteres Papier verwendet werden. Nicht zuletzt sind auch Schulen und Lehrer gefragt: Den Kindern sollte die Möglichkeit gegeben werden, möglichst viele Materialien in der Schule zu lassen.“



DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemittteilung

Berlin, 31. März 2008

Kinderkommission fordert zum Internationaler Kinderbuchtag: Lesen zum täglichen Ritual machen!

Die Welt von Pippi Langstrumpf, Sams und Co. ist viel zu spannend und für die Kinder zu wichtig, um zwischen den Buchdeckeln zu vermodern. Mit dem Internationalen Kinderbuchtag am 2. April, der traditionell am Geburtstag des Schriftstellers Hans Christian Andersen stattfindet, wird die Bedeutung von Büchern für Kinder hervorgehoben: Bücher sind nämlich nicht nur das ideale Futter für Leseratten und das Tor zu einer spannenden Welt - lesen fördert auch Spracherwerb, Lernfähigkeit, Fantasie und Begeisterungsfähigkeit von Kindern.

Miriam Gruß, Vorsitzende der Kinderkommission des Deutschen Bundestages: „Deshalb sollten Bücher nicht nur am 2. April, sondern auch an den 364 übrigen Tagen im Jahr fester Bestandteil des Tagesablaufs sein. Vorlesen oder selbst lesen muss in jeder Familie zu einem täglichen Ritual werden.“

Nach wie vor entscheidend für das Leseverhalten ist der Bildungshintergrund. In der Haupt- und Realschule liest nicht einmal jeder Dritte zumindest mehrmals pro Woche in einem Buch, dagegen ist jeder zweite Gymnasiast ein regelmäßiger Leser. Besonders deutlich zeigen sich die Bildungsunterschiede bei den Nichtlesern: 28 Prozent der Hauptschüler lesen nie in ihrer Freizeit, bei den Realschülern sind es mit 19 Prozent schon deutlich weniger, und nur 8 Prozent der Schüler auf dem Gymnasium haben keinerlei Interesse am Lesen. (Quelle: JIM-Studie 2007 des Medienpädagogischen Forschungsverbunds Südwest)

Daher unterstützt die Kinderkommission Projekte und Aktionstage wie den Internationalen Kinderbuchtag oder den Vorlesetag, um damit bei allen Kindern und Jugendlichen das Interesse am Lesen wach zu halten und die Verantwortlichen in Familie und Gesellschaft daran zu erinnern, dass jedem Kind der Zugang zu altergerechter Literatur ermöglicht werden muss.



DEUTSCHER BUNDESTAG

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, den 8. April 2008

Einladung zur Pressekonferenz

Kinderkommission: Scheidende Vorsitzende zieht Bilanz

Zeit: Freitag, 11. April 2008, 12 Uhr

Ort: Jakob-Kaiser-Haus, Raum E 207 (Dorotheenstraße 100).

Für Miriam Gruß endet der Vorsitz der Kinderkommission des Deutschen Bundestages am 24. April; turnusgemäß geht der Vorsitz danach an Diana Golze.

Bevor Miriam Gruß den Vorsitz an ihre Nachfolgerin übergibt, möchte sie eine Bilanz der vergangenen neun Monate ziehen. Im Vordergrund werden dabei die Beschlüsse ihrer drei Themenschwerpunkte stehen:

- **Kinder und Kultur**
- **Kinder und Mobilität**
- **Kinder und Alltag**

Jörn Wunderlich wird in Vertretung für die künftige Vorsitzende Diana Golze ebenfalls an der Pressekonferenz teilnehmen.

Pressevertreter sind sehr herzlich eingeladen!



DEUTSCHER BUNDESTAG

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, den 11. April 2008

Kinderkommission fordert: Eigenständige Kulturpolitik für Kinder und Jugendliche etablieren!

Wenn es um Kultur geht, dann geht es selten um Kinder - wenn von Kindern die Rede ist, dann spricht man kaum von Kultur. Zu dieser ernüchternden Erkenntnis gelangte die Kinderkommission nach Abschluss ihres Themenschwerpunktes „Kinder und Kultur“ unter dem Vorsitz von Miriam Gruß (FDP).

„Die Bedeutung von Kultur für unsere Gesellschaft und gerade die Bedeutung von Kultur für unsere Kinder wird systematisch vernachlässigt“, stellt Miriam Gruß fest.

Je früher Kinder mit Kunst und Kultur in Berührung kommen, desto intensiver und nachhaltiger wird das kulturelle Interesse ausgeprägt sein. Ein Kind, das ein Instrument lernt, singt, tanzt oder Theater spielt, entwickelt spielerisch und selbstverständlich Kompetenzen, die ihm ein Leben lang von Vorteil sein werden. Darüber hinaus ermöglicht kulturelle Bildung insbesondere benachteiligten Kindern und Jugendlichen den Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe und leistet einen wichtigen Beitrag zur Integration.

Kulturelle Bildung soll zu einer Selbstverständlichkeit für jedes Kind werden - für Eltern, Schulen, Kindergärten, die Kommunen und die Länder. Um dieses Ziel zu erreichen, muss eine Kulturpolitik für Kinder etabliert werden.

Deshalb fordert die Kinderkommission u. a.:

- wir regen die Kultusministerkonferenz an, einen Ausschuss „kulturelle Kinder- und Jugendbildung“ zu initiieren, der bundesweite Standards für die kulturelle Bildung in allen Schultypen erarbeitet und kommuniziert,
- grundlegende kulturelle Kompetenz zum verbindlichen Inhalt in der Ausbildung von Grundschullehrerinnen und Grundschullehrern, Erzieherinnen und Erziehern zu machen,
- der Besuch von kulturellen Einrichtungen darf keine Frage des Geldes sein: Wir fordern deshalb freien Eintritt in alle kulturellen staatlichen Einrichtungen für Kinder,
- eine Überprüfung des Infrastrukturbedarfs im ÖPNV, um die Erreichbarkeit von kulturellen Einrichtungen insbesondere in ländlichen Regionen sicherzustellen,
- die Aufnahme und Ausweitung von kulturellen Programmen und Projekten in den „Nationalen Integrationsplan“.

Die vollständige Stellungnahme und Forderungen der Kinderkommission finden Sie unter www.kinderkommission.de



DEUTSCHER BUNDESTAG

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, den 16. April 2008

**Pressekonferenz:
Kinderkommission feiert ihren 20. Geburtstag**

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages wurde mit Beschluss des Ältestenrates vom 21. April 1988 als weltweit erstes Parlamentsgremium für die Interessenvertretung der Kinder eingesetzt. Die Kinderkommission will Interessenvertreter für Kinder sein und kinderpolitische Signale setzen. Ihre Aufgabe ist es, bei der Gesetzgebung und anderen Beratungsthemen auf Kinderinteressen zu achten, Ansprechpartner für Kinderanliegen zu sein und eigene kinderpolitische Initiativen zu entwickeln.

Die Kinderkommission hat sich in den letzten zwanzig Jahren einen anerkannten Platz im Parlament und bei den Verbänden aus der Kinder- und Jugendpolitik erarbeitet. Grundlage hierfür war und ist sicherlich auch das immer wieder erforderliche Überwinden von Fraktionsbarrieren, da Beschlüsse der Kinderkommission nur einstimmig getroffen werden können.

Das 20-jährige Bestehen der Kinderkommission ist Anlass für eine Pressekonferenz

Zeit: Montag, 21. April 2008, 14.30 Uhr
Ort: Reichstag, PRT 3 N 040 (Fraktionsebene).

Außerdem gibt die Kinderkommission einen Empfang

Zeit: Mittwoch, 23. April 2008, 16.30 Uhr
Ort: Veranstaltungsfoyer des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses

Für die Vertreterinnen und Vertreter der Medien gelten die üblichen Regelungen des Deutschen Bundestages.

2

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Miriam Gruß (FDP)

- 2 -

Programm am 23. April 2008

- 16.30 Uhr Musikbeitrag** eines Kinderviolinquartetts
- 16.35 Uhr Begrüßung der Gäste** und Vorstellung der Kommission und ihrer aktuellen Arbeitsthemen durch die Vorsitzende der Kinderkommission des Deutschen Bundestages, **Frau Miriam Gruß, MdB**
- 16.45 Uhr Musikbeitrag** Violine + Gitarre
- 16.50 Uhr Grußwort** der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, **Frau Gerda Hasselfeldt, MdB**
- 16.55 Uhr Musikbeitrag** Gesang + Gitarre
- 17.00 Uhr Grußwort** des Parlamentarischen Staatssekretärs bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Herrn **Dr. Hermann Kues, MdB**
- 17.05 Uhr Musikbeitrag** Streichorchester
- 17.10 Uhr Grußwort** der Vorsitzenden des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, **Frau Kerstin Griese, MdB**
- 17.15 Uhr Musikbeitrag** Gitarre
- 17.20 Uhr** Gründungsmitglied **Wilhelm Schmidt** skizziert die Anfänge der Kinderkommission
- 17.30 Uhr Verabschiedung** der Gäste durch die Kommissionsmitglieder
- Musikbeitrag** Streichorchester
- Geselliges Beisammensein**



DEUTSCHER BUNDESTAG

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, den 18. April 2008

„Mädchen Mut machen, Neues auszuprobieren“

Kinderkommission des Bundestages zum Girls'Day am 24. April 2008

Trotz ihrer guten Schulnoten wählt mehr als die Hälfte der Mädchen aus nur zehn verschiedenen Ausbildungsberufen - und kein einzig technischer oder naturwissenschaftlicher Beruf ist dabei! Mit dem Girls'Day soll den jungen Frauen deshalb gezeigt werden, dass gerade auch technische und naturwissenschaftliche Berufe zahlreiche Perspektiven und spannende Aufgabenfelder für Mädchen bieten.

Der Mädchen-Zukunftstag am 24. April soll junge Frauen ermuntern, rollenbedingte Einschränkungen in der Berufswahl zu überwinden und sämtliche Möglichkeiten zu nutzen, die die moderne Berufswelt allen gut ausgebildeten Jugendlichen eröffnet.

Miriam Gruß, Vorsitzende der Kinderkommission: „Der Girls'Day soll Mädchen Mut machen, neue Berufssparten für sich zu entdecken. Gerade am Girls'Day sollten wir jedoch auch die jungen Männer nicht aus den Augen verlieren: Auch den Jungs müssen Möglichkeiten aufgezeigt werden, die bisherige Domäne der Frauen - soziale Berufe - kennenzulernen. Geschlechterklischees sollten im 21. Jahrhundert der Vergangenheit angehören.“



DEUTSCHER BUNDESTAG

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 24. April 2008

„Kinder auf Reisen: Sicherheitsstandards und Angebot verbessern!“

Stellungnahme der Kinderkommission zum Thema „Kinder und Mobilität“

Durch die vielfältigen Verkehrsangebote sind auch Kinder heute mobiler denn je. Wenn Kinder unterwegs sind, müssen jedoch immer besondere Umstände bedacht werden: Sie benötigen mehr Sicherheit, können sich selbst noch nicht schützen und sind zudem oftmals unbedarfter und unüberlegter.

Miriam Gruß, Vorsitzende der Kinderkommission: „Kinder sollten immer und überall auf höchste Sicherheitsstandards und kinderfreundliche Bedingungen treffen. Verbesserungen sind in allen Verkehrsbereichen möglich und nötig. Finanzielle Überlegungen dürfen nicht zu Lasten der Sicherheit von Kindern gehen.“

Die Kinderkommission fordert in ihrer Stellungnahme u. a.:

- im Fahrschulunterricht den Themenblock „Kinder im Auto richtig sichern“ explizit in das Kapitel „Personenbeförderung“ aufzunehmen (Fahrerlaubnis-Verordnung, Anlage 7 zu § 16 Abs. 2, § 17 Abs. 2 und 3, Kapitel 1.1.2.20) und eine praktische Demonstration mit den Fahrschülern durchzuführen;
- in den Kommunen anzuregen, mehr Geld für die Beförderung von Schülern bereitzustellen, um die Sicherheit der Kinder auf dem Schulweg, aber auch an Haltestellen zu erhöhen und ggf. Begleitpersonen in Schulbussen bereitzustellen;
- die Deutsche Bahn auf, Verbindungen auszuweiten, für die das Begleitprogramm „Kids on tour“ angeboten wird sowie mehr Flexibilität bei Reisetagen und Buchungformalitäten zu gewährleisten;
- die Begleitung alleinreisender Kinder als „Zubringerdienst“ im Nah- und Regionalverkehr zu großen Knotenpunkten zu ermöglichen;
- der Sicherheit von Kindern auch in der Luft oberste Priorität beizumessen. Die Kinderkommission empfiehlt den Fluggesellschaften, spezielle Sitze für Kinder zur Verfügung zu stellen und alle technischen Möglichkeiten auszuschöpfen, damit sicheres Reisen von Kindern jeden Alters gewährleistet wird.

Die vollständige Stellungnahme und Forderungen der Kinderkommission finden Sie im Internet unter www.bundestag.de/ausschuesse/a13/kiko/Empfehlungen_und_Stellungnahmen/Kinder_und_Mobilitaet.pdf